

Rechtsverhältnisse
der
„Freien Standesherrschaft“
Fürstenthum Pless.

Entgegnung auf die Schrift:
Beiträge zu Schlesiens Rechtsgeschichte

von

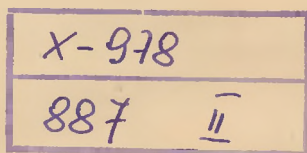
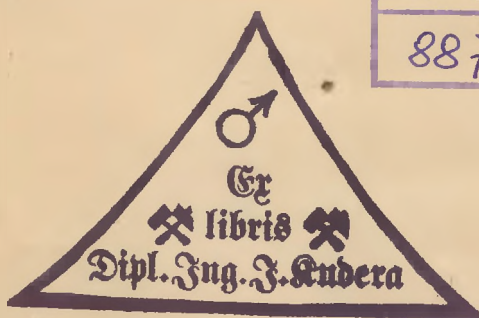
Bruno Bellerode,

Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht
und Königl. Notar in Breslau.



KATTOWITZ O.S.
Verlag von Gebrüder Böhm
1898.

887
II



15.000,-

Vorwort.

Der Vertreter unsrer Gegenparteien in zwei um das Bergregalitätsrecht der Standesherrschaft Pless geführten Prozessen, Herr Bruno Bellerode, Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht und Königl. Notar in Breslau, hat einen Theil seiner in diesen Prozessen gemachten Ausführungen in der Form einer Broschüre unter dem Titel: 1. „Geschichtliche Untersuchungen über die Plessener Lehnurkunden (1474—1500)“ und 2. „Urkunden über die Besitz- und Rechtsverhältnisse der Herrschaft Pless (1517—1854)“ in Breslau bei Ed. Tréwendt 1897 und 1898 erscheinen lassen.

Die Veröffentlichung der genannten Schrift, welche die Rechts- und Besitzverhältnisse der Standesherrschaft Pless in einem dieser Herrschaft ungünstigen, mit den allgemein bekannten historischen Thatfachen nicht in Einklang zu bringenden Lichte darstellt, zwingt uns, derselben mit einer Richtigstellung der in ihr gemachten Ausführungen gleichfalls öffentlich entgegenzutreten.

Auf unser Ersuchen hat Herr Dr. Zivier, der durch langjährige Arbeiten an dem Fürstlichen Archive zu Pless, wie auch durch Studien an anderen Archiven sich ein auf historischen Grundlagen basirendes Urtheil über die älteren Plessener Rechtsverhältnisse gebildet hat, die erwähnte Schrift des Herrn Rechtsanwalts Bellerode einer eingehenden Nach-

prüfung unterzogen und uns gestattet, die Resultate derselben auch in der Oeffentlichkeit zu verwerthen.

Wir geben daher in Nachfolgendem die Ausführungen des Herrn Dr. Zivier wieder, welche im ersten Theil eine positive Darstellung der Rechtsverhältnisse der Standesherrschaft Fürstenthum Pless, im zweiten eine Polemik gegen die Schrift des Herrn Rechtsanwalt Bellerode enthalten.

Als nicht uninteressant und für die vorliegende Schrift empfehlend, bemerken wir, dass der unlängst verstorbene Gelehrte, Professor Dr. Wattenbach, von welchem vor ungefähr einem Jahre über gleichfalls die Plessener Bergregalitätsrechte handelnde Schriften, die von der Feder der Herren Rechtsanwalt Bellerode und Dr. Zivier herrührten, ein Obergutachten eingeholt wurde, sich mit seiner gewichtigen Autorität ganz den Ausführungen des Letztgenannten angeschlossen und dabei die Erlaubniss ertheilt hat, von dieser seiner Stellungnahme auch öffentlichen Gebrauch zu machen.

Schloss Pless, im März 1898.

Fürstlich Pless'sche Centralverwaltung.

Theil I.

Kurze Darstellung einer Geschichte der Standesherrschaft Pless.

§ 1.

Pless ein Theil des Herzogthums Ratibor unter den Ratiborer Piasten.

Wenn man das erste Auftreten eines Landes in der Geschichte an ein bestimmtes Datum knüpft, und dadurch den Schein erweckt, als wäre es wie Minerva vollendet und entwickelt in die Erscheinung getreten, so begeht man dadurch einen Akt der Willkür, indem man vor allem den ganzen und oft sehr langen Prozess des Werdens ausser Acht lässt und andererseits dem Ereigniss, dass man an die Spitze setzt, eine ihm nicht zukommende erhöhte Bedeutung beimisst. Es ist daher ganz irrelevant, zum mindestens aber nur von formaler Bedeutung, in welches Jahr man den Anfang Schlesiens setzt. Gewöhnlich wird dem Jahre 1163 diese Auszeichnung erwiesen. Aber noch im vierzehnten Jahrhundert bezog man den Namen Schlesien nicht auf das heutige Oberschlesien, dessen Herzöge zu der Zeit immer noch als polnische Herzöge sich betrachteten und galten.

Das spätere Schlesien ist aus den Landen entstanden, welche in kirchlicher Beziehung zu der Diözese von Breslau

gehört haben. Im Jahre 1178 wurden in politischer Hinsicht mit den Landen des Breslauer Sprengels vereint die zur Krakauer Diözese gehörenden Gebiete von Beuthen, Severien, Auschwitz, Zator und Pless, welche der Herzog Kasimir von Polen dem Herzog Mesco von Ratibor als Pathengeschenk abtrat und dieser zu seinem Ratiborer Herzogthum schlug.¹⁾ Das Gebiet von Pless bildet seit dieser Zeit einen Bestandtheil des Herzogthums Ratibor. Von Pless, von welchem die Chronisten zu berichten wissen, dass es 1202 eine Kirche (die Hedwigskirche) erhielt,²⁾ geschieht die erste urkundliche Erwähnung bei der Lehnsaufreicherung des Herzogthums Ratibor durch Lesco an den König Johann von Böhmen den 19. Februar 1327.³⁾ In dieser Urkunde erklärt König Johann von Böhmen, Herzog Lesco von Ratibor habe beschlossen, sein Fürst und Vasall zu werden und habe sein Land Ratibor mit dessen Städten und Burgen Ratibor, Kosel, Sohrau und Pless, Gleiwitz, Rybnik⁴⁾ mit Dörfern, Leuten, Vasallen und Rittern, die dazu gehören, wie auch allem anderen Zubehör ihm aufgereicht und von ihm zu Lehn empfangen, wobei der Herzog dem König Vasallentreue und er ihm Schutz und Schirm angelobt habe. Der König giebt des weiteren die Erbberechtigung der männlichen wie auch weiblichen Descendenz des Herzogs zu und gestattet ihm sogar, falls er keine Nachkommen haben sollte, über sein Herzogthum letztwillig zu verfügen. Sollte der Herzog kinderlos und als Intestat abgehen, so solle das Land Ratibor an den nächsten seiner Verwandten kommen.

¹⁾ Vergl. über die Schenkung Vinc. Kadlubek in Bielowski's Monumenta Poloniae Historica II. 397; Grünhagen, Regesten zur schlesischen Geschichte, Lieferung I, S. 48; Derselbe, Geschichte Schlesiens, I, S. 34 und Anmerkungen S. 9; Stenzel, Geschichte Schlesiens, S. 32.

²⁾ Zimmermann, Beiträge zur Beschreibung von Schlesien, B. II, S. 83.

³⁾ Grünhagen und Markgraf, Lehnurkunden II, 379.

⁴⁾ Myslowitz wird, da es keine Weichbildstadt war, nicht ausdrücklich genannt, obwohl es damals wahrscheinlich schon Stadt gewesen ist.

Für jeden Fall aber wird das Lehnrecht der böhmischen Krone reservirt.

Durch diese Lehnsaufreicherung wurde der König von Böhmen der Lehnsherr des Herzogthums Ratibor, dem Herzog aber verblieb der Besitz und die Landeshoheit. Ausser der Vasallentreue und der Anwartschaft im Erledigungsfalle hatte die Krone Böhmen durch diese Lehnsaufreicherung keine anderen Rechte in Bezug auf das Herzogthum Ratibor gewonnen; selbst die Anwartschaft war durch die erwähnten Clauseln möglichst weit hinausgeschoben worden.

§ 2.

Das Herzogthum Ratibor unter den Przemyslidischen Herzögen von Troppau.

Der kinderlose Lesco vermachte, wozu er auf Grund seines Lehnsvertrages mit dem König von Böhmen berechtigt war, sein Herzogthum dem Gemahle seiner Schwester Anna, dem Herzog Nicolaus von Troppau,¹⁾ welchen König Johann auch bald nach den im Jahre 1336 eingetretenen Tode Lescos mit demselben belehnte.²⁾ Da traten die Herzöge Wladyslaus von Beuthen, Kasimir von Teschen, Boleslaus von Falkenberg, Bolko von Oppeln, Albert von Strelitz und Johann von Auschwitz mit Ansprüchen auf das Herzogthum Ratibor hervor,

¹⁾ Dass wirklich ein Vermächtniss des Herzogs Lesco vorlag, ist ersichtlich aus den Worten König Johanns in der Urkunde vom 9. Juli 1339: „*ducatum Rathiboriensem . . . per eundem Nicolaum ducem Oppavie (Troppau) et heredes suos . . . quibus eciam dictus Hlesco dux Rathiboriensis dictam terram et ducatum, postquam ipsum non esse contigerit, de nostris favore et beneplacito olim contulerat*“ etc.

²⁾ Die Thatsache der sofortigen Belehnung folgt aus den Worten König Johanns in seiner Urkunde d. d. 14. Jan. 1337: „*ducatu Rathiboriensi, de quo ipsum (den Herzog Nicolaus von Troppau) post decessum felcis recordacionis Leszkonis illustris ducis Rathiboriensis infeodavimus*“.

indem sie der Meinung waren, das Land ihres kinderlos verstorbenen Veters müsste nach polnischem Recht unter sie getheilt werden. Mit Recht wurde aber ihnen gegenüber geltend gemacht, dass, nachdem das Herzogthum Ratibor böhmisches Lehen geworden war, nicht mehr das alte polnische Erbrecht, sondern das Lehnrecht massgebend sei. König Johann bestätigte daraufhin dem Herzog Nicolaus von Troppau den Besitz des Herzogthums Ratibor noch einmal und versprach ihm, ihn in seinem Rechte zu schützen. Der wichtigste Passus des in Folge des ausgebrochenen Erbstreits erneuerten Bestätigungsbriefes d. d. Breslau 14. Januar 1337 lautet wörtlich: „ordinandum, diffiniendum duximus et tenendum, quod dictus dux Nicolaus terram Rathibor et civitatem cum castro Rathiboriensi, Zar (Sohrau), Plessinam (Pless) et Loslaw civitates et castrum Ribnik cum opido ibidem et cum omnibus inhabitatoribus terrarum predictarum, cuiuscunque status aut condicionis existant, prout dictus dux Leczko tenuit, una eciam cum ducatu Oppavie ac cum omnibus et singulis dignitatibus, honoribus et iuribus, iurisdiccionibus, dominiis utilibus, directis thesaurorum absconditorum et publicorum, mineralium aut in massas natura aut arte redactorum, una cum monetis, theloneis et generaliter et singulariter cum omnibus et singulis ducalibus insigniis pro se et pro omnibus et singulis suis veris et legitimis heredibus utriusque sexus masculini et feminini, prout eciam in aliis litteris nostris dicto illustri Nicolao duci Oppavie principi et fideli nostro dilecto per nos super eisdem ducatibus et dominiis datis plenius novimus contineri.“

Am 9. Juli 1339, nachdem der Streit unter den ober-schlesischen Herzögen sich schon gänzlich beschwichtigt hatte, ertheilte König Johann dem Herzog Nicolaus von Troppau die endgültige Belehnung mit dem Herzogthum Ratibor. Die Hauptstelle in diesem sehr interessanten Lehnbriefe lautet: „ipsi Nicolao duci predicto ac suis heredibus utriusque sexus, tam filiis quam filiabus legitimis de corpore ipsius procreatis

et procreandis, terram et ducatum Rathiboriensem cum civitatibus et castris subnotatis scilicet Rathibor civitatem cum castro Zaar (Sohrau), Plezinam (Pless) et Loslaw civitates, Rybnik castrum cum opido, ceterisque eiusdem terre et ducatus bonis presentibus et futuris, quesitis et inquirendis, villis, hominibus, vasallis, militibus, clientibus, servitoribus, honoribus, libertatibus, comunitatibus, fructibus, utilitatibus, redditibus, censibus, theloneis, iudiciis, iurisdictionibus et obventionibus quibuscunque, necnon agris cultis et incultis, montibus, planis, vineis, silvis, mellificiis in eisdem, rubetis, pratis, pascuis, aquis aquarumque decursibus, molendinis ad aquam vel ventum expositis, piscinis, piscacionibus, stagnis, rivis, venacionibus, aucupacionibus ac generaliter cum omnibus et singulis pertinentiis dicte terre seu ducatus, sive illa super terram aut sub terra, puta in mineris auri et argenti, plumbi, stanni vel cupri seu salis vel alterius cuiuscunque generis metalli consistent, ac expresse cum iurepatronatu ecclesiarum, moneta necnon dominio mero et mixto, utili et directo, et aliis iuribus universis, quibus dictam terram seu ducatum Ratiboriensem felicitis recordacionis quondam illustris Hlesko, princeps noster dilectus, usque ad vite sue tempora tenuit cum pleno iure quod in eisdem terra et ducatu seu qualibet eius parte ratione aut titulo quocunque nobis competit aut competere posset, in pheodum damus.“¹⁾

Das Herzogthum Ratibor kam nun hierdurch in die Hände eines nichtpiastischen Fürsten. Nicolaus von Troppau war ein Nachkomme König Przemysl Ottokars von Böhmen; nachdem aber das Herzogthum Troppau an die schlesischen Herzogthümer sich angeschlossen hatte, wurden auch ihre przemyslidischen Herzöge als den schlesischen Piasten gleichstehend betrachtet. Wichtig dabei ist, dass Ratibor nicht als feudum datum an die Herzöge von Troppau kam, sondern in Folge des

¹⁾ Dieses und vorhergegangenes Excerpt sind dem Registrum St. Wenceslai auf der Universitätsbibliothek in Prag entnommen.

Vermächtnisses Herzog Lescos des Piasten, der das Recht zur Errichtung eines solchen Testaments sich bei der Lehnsaufreicherung ausbedungen hatte: Es war also jede Möglichkeit ausgeschlossen, dass die Krone bei der Belehnung des Herzogs Nicolaus von Troppau sich irgend welche Rechte hätte reserviren können. Aber selbst wenn das nicht der Fall gewesen wäre, sieht man aus der Art, wie die Belehnung thatsächlich erfolgt ist, dass König Johann auch nicht im entferntesten daran gedacht hat, dem Herzog von Troppau hinsichtlich des von ihm erworbenen Herzogthums Ratibor geringere Gerechtsame beizumessen, als der piastische Landesherr Lesco sie besessen hatte. Aus den eben angeführten Excerpten aus den königlichen Briefen ist zu ersehen, dass der Przemyslide Nicolaus das Herzogthum Ratibor genau mit denselben Rechten besitzen soll, wie sie sein Vorgänger besessen hatte. Als sollte auch in Bezug auf das wichtige Recht des Bergregals jeder leiseste Zweifel aus der Welt geschafft werden, erwähnen die königlichen Lehubriefe als mit zu den auf den Herzog Nicolaus gekommenen fürstlichen Rechten gehörend auch das Recht auf jeglicher Art Mineralien — ein Recht, das aber ohne diese ausdrückliche Erwähnung nicht minder feststände.

Von diesem Nicolaus, Herzog von Troppau - Ratibor, stammt auch die erste Urkunde, in der Myslowitz erwähnt wird.¹⁾ Die Urkunde ist d. d. in Plessina (Pless) proxima feria ante festum sancte Lucie virginis 1360. Herzog Nicolaus von Troppau - Ratibor bestätigt in derselben dem Ritter Otto von Pilcz den Besitz des Städtlein Myslowitz sammt den

¹⁾ Die Urkunden von 1105 und 1229 für das Kloster Tyniec, in welchen ein Myslossow'ce oder Mykloszowice angeführt wird, kommen vor allem als Falsificate nicht in Betracht. Ausserdem aber beziehen die neuen Herausgeber dieser Urkunden, Kętrzyński und Smolka, und nach ihnen auch Piekosiński, den angeführten Namen auf ein galizisches Dorf Mikloszowitz und nicht auf das oberschlesische Myslowitz. Hiernach sind die Ausführungen bei Lustig auf den ersten Seiten seiner Geschichte der Stadt Myslowitz zu corrigiren.

Dörfern Jazwicze, Zalenze, Bogutschütz, Rosdzin und Schoppinitz, welche sämmtlich im Nicolaier Gebiet (in districtu Mycolow) des Ratiborer Landes gelegen seien, und verleiht dem Otto von Pilez und dessen Nachkommen omne jus ducale. Myslowitz und die mitgenannten Dörfer scheiden aber, trotz der Verleihung des omne jus ducale, aus dem Staatsverbände mit Ratibor nicht aus, weil Myslowitz sammt den genannten Dörfern kein ganzes Weichbild ausmachten, vielmehr im Weichbild von Nicolai gelegen waren, der Herzog von Ratibor sich ausserdem von dem Besitzer der Güter und dessen Nachkommen gewisse Heeresdienste reservirte.

Herzog Nicolaus hinterliess nach seinem Tode im Jahre 1365 vier Söhne aus drei verschiedenen Ehen. Von seiner ersten Frau, der Herzogin Anna von Ratibor, stammte ein Sohn Johannes I. und diesem fiel auch das Herzogthum Ratibor als Mutterererbtheil zu. — „Auch sprechen wir und wollen — sagt Kaiser Karl IV. in seinem und der anderen Schiedsrichter Namen bei dem Schlichten des Streites um das Troppau-Ratiborer Erbe — daz herczog Johans daz lant zu Ratibor alleine mit seinen erben behalden sol, wenn wir es mit fursten und andern unserm rat erfunden haben mit recht, daz herczog Johans alleine recht hat zu dem egenannten lande zu Ratibor und ime von seiner muter angestorben ist.“ Ausserdem erhielt Johann I. noch als Vatertheil ein Stück des Herzogthums Troppau und den vierten Theil der Erträgnisse des Bergregals am Zuckmantel. Er führte den Titel eines Herzogs von Ratibor-Troppau.

Bei den Theilungen von Troppau (18. April 1377 und 21. April 1377) wird in Bezug auf das Bergregal festgesetzt: „Item zum Czuckmantel in dem grossen berg, do der stollen ist, wer den Stollen einbringt, der sol sein stolrecht haben. So sollen die herren alle vier haben ire urbar.“

Die Erträgnisse des Bergregals im Troppauischen, wo damals Bergbau blühte, werden ganz besonders getheilt, so dass auch unser Herzog Johann I., der am Zuckmantel keinen

Antheil hatte, dennoch an den Einkünften aus dem Bergregal participirte. Im zweiten Theilungsbriefe heisst es: „Auch haben wir die herren umb das bergkwerck zum Czogmantel also entschaiden: wer den stollen einpringet an dem alten berge, der sol sein stollenrecht behalten und die herren alle vier sol ein jeczlicher sein bergkrecht daran haben. Were aber das anderswo irkein¹⁾ (= irgend ein) pergkwerck aufqueme, in welches herrn teile das aufkumpt, der sol sein geniessen, so er beste mag.“ Im Ratiborschen Fürstenthum hatte Herzog Johann das Bergregal demnach und überhaupt mit Niemandem zu theilen, da ihm dieses ungetheilt zugefallen war. Er wurde am 30. Januar 1366 mit dem Herzogthum Ratibor extra von Kaiser Karl IV. belehnt. Der betreffende Lehnbrief betont, dass er das Herzogthum mit den Rechten besitzen soll, wie sie Herzog Lesco, der Piast, innegehabt hat, der das Herzogthum unter die böhmische Lehnshoheit gestellt hatte. Johannes I. regierte über Ratibor von 1365—1382. Er verpfändete einzelne Theile seines Besitzes, so anno 1375 die Gebiete von Pless und Nicolai an den Herzog Wladyslaw von Oppeln. Sohrau war bereits von seinem Vater verpfändet worden.

Sein Sohn Johannes II. besass gleichfalls noch das ganze Ratiborer Herzogthum ungetheilt. Er regierte über Ratibor von 1382—1424. Den Troppauer Antheil seines Vaters, Jägerndorf, hat er endgültig an Herzog Wladyslaw von Oppeln verkauft, dafür aber Pless inzwischen eingelöst, denn schon 1391 verfügt der Herzog von Ratibor über einzelne Güter daselbst und 1407 verschreibt er seiner Gemahlin Helena, der Tochter des Demetrius Korybut, ein Leibgeding auf Pless, Berun und Nicolai. Diese Verschreibung wird von König Wenzel von Böhmen am 28. November 1407 (nicht 30. November, wie Lehnurkunden II, 390) bestätigt, die Bestätigung

¹⁾ So muss wohl gelesen werden und nicht kein pergkwerck, wie Lehnurkunden II, S. 491.

am 15. Mai 1411 und 15. November (nicht 13. November, wie Lehnurkunden l. c.) 1412 vom König wiederholt.¹⁾

Im Jahre 1391 trat er drei Dörfer Chelm, Imielin und Kosztow, die zu Pless gehörten, dem Bischof von Krakau mit allen fürstlichen Rechten ab. Er bestimmte ausserdem, da der Bischof hinsichtlich dieser Güter doch wohl nicht des Herzogs oder des Königs von Böhmen Vasall werden wollte, dass dieselben aus dem Plessen Gebiete und dem Herzogthum Ratibor vollständig ausscheiden sollten und dass sie der Bischof seinen Landen einverleiben dürfe, was denn der Bischof auch that. Diese drei Dörfer waren dadurch für Schlesien und Böhmen ganz verloren gegangen (bis sie Friedrich der Grosse wieder zurückerwarb). Kurz vor seinem Tode erwarb Herzog Nicolaus auch Jägerndorf wieder zurück.

Die Söhne Johannes II., Nicolaus III. und Wenzel, theilten den auf sie gekommenen Besitz ihres Vaters derart, dass Wenzel Ratibor Stadt und Land, dazu auch Zytina und Pilchowitz und den Antheil Jajkowskys im Rybnikischen (von diesem doch wohl nur das dominium directum) erhielt, und Herzog Nicolaus Jägerndorf, Freudenthal, den Wartnowsky-schen Besitz, Pless, Rybnik, Loslau, Bauerwitz, sowie auch des Hans Klemma Antheil an Tworkau und was dieser sonst im Ratiborischen besass.²⁾ Der Besitz Nicolaus III. († 1452) unterlag nach seinem, wahrscheinlicher aber erst nach seiner Gemahlin Tode, wiederum einer Theilung, in Folge welcher der eine Sohn Johann, gen. der Aeltere, Jägerndorf mit Freudenthal, der zweite, Wenzel, das Gebiet von Pless, Sohrau und Rybnik erhielt. In der Weise war ein besonderes Herzogthum Pless-Sohrau-Rybnik erstanden, welches je nach der Prävalenz, welche man der einen oder der andern Weichbildstadt gerade gab, Herzogthum Pless oder Herzogthum Rybnik genannt

¹⁾ Die Originale befinden sich in Warschau. Die Herausgeber der Lehnurkunden kannten nur die Regesten aus dem Inventarium Cracoviensi und bei Sommersberg.

²⁾ Lehnurkunden II, S. 395.

wurde. Die Bezeichnung „Herzogthum Sohrau“ kommt erst in späteren Urkunden vor und bezieht sich auf das Gebiet von Sohrau. So spricht z. B. Barbara, die Wittve Herzog Nicolaus, von ihrem verstorbenen Gemahl als einem Herzog von Ratibor und Pless.¹⁾

Wenzel wird von seinen Zeitgenossen zumeist Wenzel von Rybnik genannt, er selbst titulirt sich gewöhnlich in den von ihm ausgestellten Urkunden Herzog von Troppau und Ratibor.

Selbstverständlich besass Herzog Wenzel in seinem kleinen Herzogthum Pless-Sohrau-Rybnik genau dieselben Rechte, wie sein Grossvater im ganzen Herzogthum Ratibor, denn die Söhne Johannes II. hatten den Besitz ihres Vaters, der mit des Vaters Rechten auf sie gekommen war, nur einfach getheilt. Herzog Wenzel fühlt und führt sich auch als Landesherr in seinem Pless-Sohrau-Rybniker Lande. Er schlichtet im Innern die Zwistigkeiten seiner adligen Vasallen, führt Krieg und schliesst Frieden mit äusseren Feinden und Widersachern. Wie es scheint, trug er sich mit dem Gedanken, auch die böhmische Lehnshoheit von sich abzuschütteln, sich mit seinem Besitz an Polen anzuschliessen oder denselben an Polen loszuschlagen. Er hatte in Bezug auf eine ausserordentliche Abenteuerlichkeit eine gewisse Aehnlichkeit mit seinem Zeitgenossen Johann Herzog von Sagan, der aber insofern glücklicher war, als es ihm gelungen ist, sein Herzogthum für eine grössere Summe Geldes rechtzeitig zu veräussern und sich in Sicherheit zu bringen. Herzog Wenzel musste seine Abenteuer mit seinem Besitzthum und seiner Freiheit bezahlen. Seinen Verwandten gelang es, wenigstens die Landeshoheit in einem Theil des Wenzelschen Fürstenthums (Sohrau und Rybnik) für das Stammhaus der Herzöge von Troppau-Ratibor zu retten, Pless aber schied aus dem Fürstenthum Ratibor für immer aus. Der Geschichte der Loslösung des Plessers Landes vom Herzogthum Ratibor ist der folgende Paragraph gewidmet.

¹⁾ Originalurkunde aus dem Jahre 1457, aufbewahrt in Warschau.

§ 3.

Pless wird vom Herzogthum Ratibor, bzw. dem Herzogthum Pless-Sohrau-Rybnik, losgelöst und bildet ein selbstständiges Herzogthum.

Während zwischen Wladyslaus, dem Sohne des polnischen Königs Kasimir und erwähltem Könige von Böhmen, und Matthias Corvinus, König von Ungarn und seit 1469 Gegenkönig von Böhmen, der Kampf um die böhmische Krone, besonders aber um die Lehnshoheit über Schlesien tobte, die schlesischen Fürsten sich bald dem einen anschlossen, bald es mit dem anderen hielten, spielten sich auch kleinere Fehden zwischen den schlesischen Fürsten untereinander ab, geschürt — nach der Ansicht des Chronisten Cromer — der alten Devise *divide et impera* gemäss, durch Matthias Corvinus selbst. Unser Herzog Wenzel, Herr von Pless-Sohrau-Rybnik, dessen Charakter und geistigen Anlagen die Chronisten nicht das beste Zeugniß ausstellen,¹⁾ lag in Fehde mit fast sämmtlichen Fürsten der angrenzenden Fürstenthümer und wurde im Jahre 1473 von den Herzögen Przemko von Teschen, Viktorin von Münsterberg, Johann von Troppau und Leobschütz und Hans dem Jüngeren von Troppau und Ratibor ernstlich bekriegt und arg bedrängt.

Als die verbündeten Fürsten Rybnik, das Hauptcastell, erobert hatten und Sohrau zu belagern anfangen, wandte sich Wenzel um Hilfe nach Polen, wo ihm der König, an dessen Hofe wir ihn 1472 sehen, gewogen war. Am 6. Juni 1473 wurde zwischen ihm und den ihn bekämpfenden Fürsten durch Jacob Dębiński (von Dembno, genannt auch Dąbiński, böhmisch: Dubensky oder z Dubna), Kanzler des Königreiches Polen und Starost von Krakau, ein Friede vermittelt. Das eroberte Rybnik wurde einem gewissen Kropacz von Niewiadom überlassen.

¹⁾ „Velut demens et furiosus“ nennt ihn Dlugosz. Ein anderer Chronist berichtet über ihn: „erat enim sceleratissimus virginum et matronarum stuprator et pudoris earum violator, clero inimicissimus.“

Sohrau behielt Jacob von Dembno (Dębiński) besetzt und Wenzel überliess es ihm, wahrscheinlich als Lohn für seine Intervention, als Pfandschilling. Dieses Intermisticum sollte solange dauern, bis der König von Polen den Streit Wenzels mit den Herzögen geschlichtet haben würde. (Dazu scheint es nie gekommen zu sein.) Wenzel behielt jedoch auch nach diesem Friedensschluss die Landeshoheit über Sohrau und Rybnik, denn er tritt noch nach demselben als Landesherr daselbst auf.¹⁾ In seinem unmittelbaren Besitz war nur noch Pless allein verblieben, aber auch von diesem hatte er das Städtchen Myslowitz sammt den Dörfern Kozinieć, Dzieckowitz, Jazwice, Brwinow, Zalenze, Schoppinitz, Rozdszin und Bogutschütz, Radzionkau und Brzenskowitz an denselben Jacob von Dembno abverpfändet. Dieser bezeugt ihm am 14. August 1474, dass er einen Theil der Pfandsumme bereits zurückerhalten und dass er die Güter dem Herzog herausgeben werde, sobald er auch den Rest erhalten haben würde. Wenzel wird in dieser Urkunde Herzog von Troppau-Ratibor (sein Stammtitel) und Herr zu Pless genannt.²⁾

Wann und wieso Myslowitz mit den anliegenden Dörfern, welche wir 1360 im Besitz von Otto von Pilcz (s. oben § 2) sehen und welches nach ferneren urkundlichen Nachrichten zwischen 1395—1397 in den Händen eines Ritters Wislaus de Myslowicze, im Jahre 1414 im Besitze der Gebrüder Adam et Johannes, welche sich haeredes de Myslowice nennen, sich befindet, wieder in den unmittelbaren Besitz der Herren von Pless gekommen ist, ist bis jetzt nicht ermittelt. Jedenfalls muss dies in der Zeit zwischen 1414—1474 geschehen sein. Vielleicht ist es Johannes II. (1382—1424), der viele verpfändete Theile seines väterlichen Besitzes eingelöst hat, dem auch das Verdienst Myslowitz wieder in seinen unmittelbaren Besitz gebracht zu haben, gebührt.

¹⁾ Laut Zeugniß der Originalurkunde No. 15 im städtischen Archiv in Sohrau.

²⁾ Registrum St. Wenzeslai.

Den abenteuerlichen Wenzel haben seine Misserfolge nicht zur Ueberlegung und Ruhe gebracht. Schon im nächsten Jahr nach dem eben erwähnten Friedensschluss sehen wir ihn in eine Fehde mit Herzog Heinrich von Cosel und Münsterberg verwickelt, der 1474 Pless, die Hauptstadt des einzigen ihm noch gebliebenen Gebietes, belagert. Wenzel wendet sich diesmal hilfesuchend an König Matthias, der ein unversöhnlicher Feind des ihn bedrängenden Herzogs von Münsterberg war. Matthias schickt ihm zweitausend Mann unter der Führung des Hauptmanns von Oberschlesien Johann Bielik von Kornitz. Bei dem Heranrücken Bieliks zog sich Heinrich von Münsterberg zurück. Wenzel aber, entweder weil es ihn gereute, von dem Feinde Polens Hilfe angenommen zu haben, oder weil er dem König Matthias nicht traute, verschloss Pless vor dem Hauptmann Bielik und floh selbst nach Auschwitz, wo der ihm befreundete Jacob von Dembno mit Besatzung lag. Bielik belagerte nun Pless, welches sich ihm sehr schnell ergab, unter der Bedingung, wie Cromer berichtet, ut liceret Venceslao ad Mathiam adire et admissi veniam petere, oder nach den Worten des Dlugosz, eo pacto, ut liceret Venceslao duci Ribnicensi adire Matthiam Hungariae regem et obtinere veniam, reconciliationem et Plezinae (Pless) restitutionem. 7/czi

Ob Herzog Wenzel um eine solche Restitution sich bemüht hat, ist nicht bekannt; dass er sie erhalten hätte, ist nicht wahrscheinlich.

König Matthias behandelte Pless als erobertes Land und verpfändete es für 20 000 Gulden dem Herzog Heinrich dem Jüngeren, genannt Hynek, von Münsterberg. Der darüber vom König Matthias ausgestellte Brief d. d. Breslau den 16. December 1474 lautet in wörtlicher Uebersetzung wie folgt:

Wir Matthias, von Gottes Gnaden König von Ungarn, Böhmen etc., Markgraf von Mähren, Herzog von Lutzenburg und Schlesien, Markgraf von der Lausitz etc., thuen kund mit diesem Briefe allen, dass wir — nachdem wir bemerkt und gesehen haben die vielen bedeutenden treuen und

fleissigen Dienste des erlauchten Hynek (Heinrich), Herzogs von Münsterberg, Grafen von Glatz, Herrn von Kunstadt und auf Podiehrad, unseres lieben Schwagers, die er uns mit Erfolg geleistet hat und leistet, und damit er nachher sie um so besser leisten solle und könne, — nach reifer Ueberlegung kraft königlicher Macht in Böhmen und als Herzog von Schlesien, selbigem Herzog Hynek, seinen Erben und Nachkommen unser Schloss Pless sammt der Stadt, die wir mit bedeutendem und grossem Kostenaufwand von Herzog Wenzel, als unserem Gegner und Feind, mit dem Schwerte erobert, gegeben und verschrieben haben und geben und verschreiben kraft dieses unseres Briefes mit allem und jeglichem, was von altersher dazu gehört, mit der vollen Herrschaft, allen Landsassen, die von altersher zu dem Schlosse gehören, mit den Unterthanen, mit Zinsen, Steuern, Waldungen, Wiesen, Gehöften, Mühlen, bestellten und unbestellten Aeckern, Teichen, fliessenden und stehenden Wassern, Flüssen, Mauten, mit allen Erträgnissen und Nutzungen, mit welchen Namen selbige belegt werden können und wie selbige obgenannter Herzog Wenzel und seine Vorfahren, die schlesischen Herzöge, gehabt, besessen und genossen haben, für zwanzig Tausend ungarische Gulden, gut an Gold und Gewicht, und zwar in folgender Art und Weise, dass der obgenannte Herzog Hynek, seine Erben und Nachkommen selbiges Schloss Pless sammt der Stadt und voller Herrschaft, allen und jeglichen Nutzungen, Einkommen, Erträgnissen und Zubehör, die zu dem Schlosse und der Stadt gehören, haben, besitzen, wie ihr eigenes geniessen, zu verkaufen, verpfänden, vertauschen, damit wie mit ihrem eigenen zu thun berechtigt sein sollen, ungehindert von uns, unseren Nachkommen, den Königen von Böhmen, und allen anderen Menschen so lange, bis wir oder unsere Nachkommen, die Könige von Böhmen und die Herzöge von Schlesien, oder solche Personen, denen es mit unserer oder

unserer Nachkommen, der Könige von Böhmen und Herzöge von Schlesien, Erlaubniss zukommen sollte, selbigem Herzog Hynek, seinen Erben oder Nachkommen diese 20 000 ungar. Gulden, gut an Gold und Gewicht, voll geben und zurückbezahlen; und wer diesen Brief mit gutem und freiem Willen obgenannten Herzog Hyneks, seiner Erben und Nachkommen haben sollte, wollen wir, dass selbigem das volle Recht auf alle vorhergenannten Dinge zukomme. Zum Zeugniß dessen haben wir unser königliches Siegel an diesen Brief hängen lassen.

Gegeben zu Breslau am Freitag nach S. Luciae nach Christi Geburt 1474, unserer Königreiche, des Ungarischen im 17. und des Böhmischen im 6. Jahre.

Der Wortlaut der eben angeführten Urkunde ergibt deutlich, dass Pless dem Herzog Hynek von Münsterberg mit den Rechten übergeben worden ist, wie es Herzog Wenzel besessen hatte: „wie es obgenannter Herzog Wenzel und seine Vorfahren die schlesischen Herzöge gehabt, besessen und genossen.“ Herzog Wenzel und seine Vorfahren haben Pless mit der Landeshoheit, mit sämtlichen fürstlichen Rechten und nutzbringenden Regalien besessen; es lag demnach in der Absicht des Königs Matthias, dass die Herzöge von Münsterberg das Gebiet von Pless gleichfalls mit der Landeshoheit, den fürstlichen Rechten und nutzbringenden Regalien besitzen sollten.

§ 4.

Pless in den Händen der Münsterberger.

Die unmittelbare weitere Geschichte von Pless beweist auch, dass dem in der That so war. Von dem Tage der Ausstellung der oben angeführten Urkunde ab erscheinen Herzog Hynek von Münsterberg und seine Rechtsnachfolger als die Landesherren von Pless. Herzog Hynek vertauschte sehr

schnell (27./28. Juni 1475) Pless mit seinem Bruder gegen Colin an der Elbe (welches dieser gleichfalls von Matthias erhalten hatte). In dem Tauschbriefe werden auch die von Pless abverpfändeten Stücke als mitübergeben bezeichnet. Myslowitz wird wahrscheinlich auch noch in abverpfändetem Zustande in den Händen des Jacob von Dembno gewesen sein, denn Wenzel, der noch am 14. August 1474 die Summe von 1300 Gulden darauf schuldig war, wird es kaum noch eingelöst haben.

Von nun ab erscheint uns Pless als besonderes schlesisches Fürstenthum. Herzog Victorin von Münsterberg, der es von seinem Bruder Hynek erworben hat, nennt sich seit nun in Urkunden, wo er als Landesherr von Pless auftritt, Herzog von Pless und seinen Besitz Herzogthum Pless, wie übrigens der Titel eines Herzogs von Pless auch schon bei seinen Vorgängern als Besitzern von Pless-Sohrau-Rybnik zuweilen vorkommt. Wo Herzog Wenzel inzwischen sich aufhält, ist unbekannt, ebenso, ob er es nicht versucht hat, den ihm durch Waffengewalt genommenen Besitz mit dem Schwerte zurückzuerobern. Letzteres ist aber wahrscheinlich, denn nur so ist es zu erklären, dass er in die Gefangenschaft des Herzogs von Münsterberg gerathen ist, der ihn in Glatz festhielt und bei dem er sich mindestens vom Januar 1477 ab befand.¹⁾

Noch wütheten in Schlesien die inneren Fehden, noch rollten die Würfel zwischen den Königen Matthias und Wladyslaw und wenn auch — soweit es sich um den factischen Besitz Schlesiens allein handelte — die Schale des Glücks zu Gunsten Matthias geneigt hatte, so sass doch Wladyslaw in Prag und musste, als derzeitiger Besitzer der Insignien des Böhmischen Reichs, für den rechtmässigen Lehnsherrn von Schlesien gehalten werden. Man war in Schlesien während der ganzen Dauer des Krieges zwischen den Gegenkönigen von Böhmern sich nicht in klarem, von wem man die Sanction

¹⁾ Vergl. Urkunde No. 17 im fürstlichen Archive zu Pless.

für getroffene Abmachungen einholen solle. Diese Unsicherheit kommt sehr gut in einer Urkunde vom 26. April 1472¹⁾ zum Ausdruck, zu der noch die Bestätigung des Oberlehns Herrn eingeholt werden soll. „Darzu so der almechtige gott es fugen wurt, — heisst es daselbst — dass die Kriegsleuffe, die iczunt leider des Kunigreichs Behaim halben synt, aufhoren werden und ein eintrechtiger und einiger Kunig zu Behaim sein wirt,“ so sollen vor diesem die Abmachungen wiederholt werden. Zwar war Herzog Victorin von Münsterberg von König Matthias Gnaden der beatus possidens von Pless. Diesem Besitz drohte aber immer noch ein Anspruch seitens des expropriirten Herzogs Wenzel, oder seiner Erben, und fehlte die Bestätigung des rechtmässigen Königs von Böhmen, Wladyslaw. Beides für seinen Bruder zu erreichen war das Bemühen Herzog Heinrichs des Aelteren von Münsterberg, der auch den Tausch Pless-Colin zwischen den Brüdern Hynek und Victorin vermittelt hatte. Am 26. Februar 1477 erwirkte er sich von König Wladyslaw die Zustimmung zu den Abmachungen, die er mit seinem Gefangenen Wenzel, Herzog von Pless-Sohrau-Rybnik, treffen, und zu den Abtretungen, die ihm dieser von seinem Besitz machen würde.²⁾ Was er von dem gefangenen Wenzel erreicht hat, ist unbekannt. Die durch den erwähnten Brief erworbenen Rechte trat er am 23. Januar 1478 seinem Bruder Victorin ab. Inzwischen verstarb Herzog Wenzel. Sein Besitz fiel dadurch an die Krone Böhmen und König Wladislaw, der damalige Inhaber der Wenzelskrone, trat daraufhin, einige Tage nach Herzog Wenzels Abgang, und zwar am 11. Juli 1478, all die Rechte, die bezüglich des Herzogthums Pless-Sohrau-Rybnik auf ihn als König gefallen waren, dem Herzog Heinrich dem Aelteren von Münsterberg ab, welcher seine Rechte sogleich (am 14. desselben Monats und Jahres) auf seinen Bruder Victorin übertrug.³⁾

¹⁾ Registrum Wenceslai in Prag.

²⁾ Urk. No. 17 im fürstl. Archive zu Pless.

³⁾ Urk. No. 19 und No. 21 im fürstl. Archive zu Pless.

An Rybnik und Sohrau konnte den Münsterbergern nicht viel gelegen sein, da das dominium utile des ersteren, bei dem Friedensschluss des Herzog Wenzel mit den schlesischen Fürsten i. J. 1473, wie wir oben gesehen haben, dem Kropacz von Niewiadom übergeben worden, der es noch 1494 besass,¹⁾ Sohrau aber an den Kanzler Jacob von Dembno verpfändet war. Es hätte sich also nur noch um die Landeshoheit in Sohrau und Rybnik handeln können, die aber von dem Vetter Wenzels, Herzog Johann III. und seiner Schwester Margereth oder Machna beansprucht wurde.

Der Verreichsbrief König Wladyslaws über Pless-Sohrau-Rybnik für Herzog Heinrich den Aelteren von Münsterberg d. d. Prag, 11. Juli 1478 lautet in wörtlicher Uebersetzung wie folgt:

Wir Wladyslaw, von Gottes Gnaden König von Böhmen, Markgraf von Mähren, Herzog von Luxemburg und Schlesien und Markgraf von der Lausitz etc. thuen kund mit diesem Briefe jedermann, dass in Anbetracht und wirklicher Anerkennung der vielen treuen und beständigen Dienste des erlauchten Heinrichs, Herzogs von Münsterberg, Grafen von Glatz etc., unseres lieben Fürsten und Oheims, die er uns und unserer Krone Böhmen gethan, thut und zu thun nicht aufhört, indem er zu uns treu hält, als dem Könige von Böhmen, seinem Erbherrn, und uns treu zu allgemeinem Wohle beisteht, und damit er hernach uns um so besser dienen kann, wir mit guter Ueberlegung und dem Rate unserer Getreuen kraft königlicher Macht demselben Heinrich, seinen Erben und Nachkommen all unser Recht, welches auf uns, als König von Böhmen und Herzog von Schlesien gerechter Weise nach Lehnrecht, nach dem Tode weiland des erlauchten Wenzel, Herzogs von Troppau und Ratibor, gefallen ist, auf das Herzogthum (oder Fürstenthum), nämlich: Pless, Burg und Stadt, Sohrau, Burg und Städtchen, Rybnik,

¹⁾ Laut einer Urk. im Staatsarchiv zu Breslau.

mit allen Landsassen, Lehnsmannen, Bürgern, Scholzen, Freien und Angesehenen, mit allen Städten, Burgen, Städtlein, Dörfern, mit Zinsen, Zöllen, Abgaben, mit Diensten, mit Teichen, Flüssen, Bächen, Wäldern, Hainen, mit Fisch-, Wild- und Vogelfang, mit Mühlen, Kirchencollaturen und allen und jeglichen oberen und niederen Rechten, mit der Herrschaft und dem Herzogthum (oder Fürstenthum) und mit allen und jeglichen Einkommen und Nutzungen und Zugehörungen ob und unter der Erden, mit welchen Namen sie benannt und beschrieben werden können, nichts von allem ausgenommen oder zurückbehalten, desgleichen mit Einlösungen jeglicher Güter, wenn welche von den Burgen obgeschriebenen Herzogthums (oder Fürstenthums) abverpfändet sind, zu rechtem erblichen Lehn, nach uralter Aussetzung unserer Vorfahren, der Könige von Böhmen, und unserer Krone Böhmen, gnädig gegeben haben und mit diesem Briefe geben, befestigen und sichern, zu haben, halten und geniessen ewig und erblich, nach uraltem Aussatz. Auch soll selbiger Heinrich, seine Erben und Nachkommen Macht haben, obgeschriebenes Herzogthum (Fürstenthum) ganz oder theilweise zu verkaufen, zu belasten, verpfänden, vertauschen oder damit zu thun, wie es ihnen gefallen und belieben sollte, wie mit ihrem Erbeigenthum, jedoch darum ohne Schaden und Verringerung der Rechte, Anfälle und Dienste, welche uns und unsrer Krone Böhmen nach uraltem Aussatz davon gebühren, und wer diesen Brief haben sollte mit obgeschriebenen Heinrichs oder seiner Erben gutem und freiem Willen, wollen wir, dass diesem das volle Recht aller obgeschriebenen Dinge zukomme. Dem zur Urkund haben wir unser königliches Insiegel an diesen Brief hängen lassen. Gegeben zu Prag am Dienstag und der Vorseier des heil. Johannes des Täufers Gottes, im Jahre nach der Geburt des Sohnes Gottes 1478, unsres Königreichs am siebenten.

Dass in dem eben angeführten Lehnbrief sämtliche Rechte der Vorbesitzer, also Wenzels und seiner Vorgänger, dem Herzoge

von Münsterberg zugestanden werden, besagt sein Wortlaut. Durch diesen Brief hatten die Münsterberger das erreicht, dass sie nunmehr als rechtmässig belehnte Besitzer des Herzogthums Pless und nicht mehr als Usurpatoren, die auf Kriegerrecht sich stützten, gelten mussten. Ausserdem erwuchs ihnen aus diesem Briefe auch ein Anspruch auf die Landeshoheit in Sohrau und Rybnik. Ob und in welcher Weise sie diesen Anspruch geltend gemacht haben, ist nicht bekannt. Andererseits aber haben die hinterbliebenen Verwandten des verstorbenen Wenzels ihre Ansprüche auf Pless - Sohrau - Rybnik nicht ohne Weiteres aufgegeben. In Sohrau und Rybnik übten sie auch weiter noch die Hoheitsrechte aus. Der verstorbene Herzog Wenzel hatte keine Kinder, aber zwei Schwestern, Barbara, Gemahlin des Herzogs Hanuss von Auschwitz und Ujest, und Margareth (Machna) hinterlassen, die als Erben seiner Rechte auftraten. Es handelte daher sich dem derzeitigen Inhaber von Pless noch darum, die Erbansprüche dieser Wenzel'schen Agnaten abzulösen. Die durch König Matthias kraft Kriegerrechts und des Rechtes des Stärkeren vorgenommenen Schenkungen von eingezogenen Gebieten entsprachen dem damaligen Rechtsbewusstsein so wenig, dass die Begünstigten selbst die Matthias'sche Vergabung nicht als ganz ausreichenden Besitzestitel betrachteten. Während der Kriegswirren zwischen 1469—1479 hatte z. B. das Breslauer Bisthum Zuckmantel erobert, welches im Besitz der Herzöge von Münsterberg gewesen war. König Matthias bestätigte dem Bisthum den Besitz von Zuckmantel in einer ausführlichen Urkunde. Dennoch hielt das Breslauer Bisthum es für angezeigt, von den Herzögen von Münsterberg selbst ihre Rechte auf Zuckmantel zu erstehen. So dachten auch die nunmehrigen Inhaber von Pless, trotzdem sie ihre Rechte auf dasselbe nicht nur auf die Verpfändung durch König Matthias, sondern auch auf den Lehnbrief des König Wladyslaw stützen konnten, daran, den Wenzel'schen Agnaten ihre Ansprüche auf Pless abzukaufen.

§ 5.

Pless in den Händen Herzog Kasimirs von Teschen.

Herzog Victorin von Münsterberg hatte aber inzwischen Pless nicht lange behalten. Er verpfändete erst und verkaufte es dann (zwischen 1478 und 1480) an seinen Schwiegersohn, den Herzog Kasimir von Teschen, und dieser war es, der die Ansprüche der Wenzel'schen Erben auf Pless einlöste. Der Titel, auf Grund derer dieser nun Pless besass, waren drei, und mussten dieselben nach jeder Richtung hin ausreichen, um ihm seinen Besitz gegen jeden möglichen Einspruch zu sichern. Der Brief des Königs Matthias von 1474 enthielt die Verleihung und Anerkennung durch den faktischen Inhaber von Schlesien, der Lehnbrief König Wladyslaws die Bestätigung durch den erwählten und rechtmässigen Lehnsherrn Schlesiens, endlich erreichte er auch die Abtretung und Zustimmung der Agnaten des Vorbesitzers, Herzogs Wenzel. Laut zwei im Jahre 1483 ausgestellten Urkunden löste er gegen eine gewisse Summe die Rechte der Barbara, Gemahlin des Herzogs von Auschwitz und Ujest ein.¹⁾ Die Herzogin Machna hinwiederum hatte, laut Zeugniß einer Urkunde, d. d. Hulezin d. 12. August 1482,²⁾ ihre Rechte und Ansprüche auf ihren Vetter, Herzog Hanuss den Jüngeren von Troppau und Ratibor übertragen, und König Matthias am 27. Juni 1483 dieser Uebertragung seine Bestätigung ertheilt.³⁾ Von diesem Hanuss erwarb nun die Rechte auf Pless der nunmehrige Inhaber desselben, Herzog Kasimir von Teschen.⁴⁾ Dennoch machte die Herzogin Machna, als nach dem Tode des König Matthias viele der durch ihn expropriirten Herzöge wieder zu ihrem Besitze gekommen waren, in den neunziger Jahren des fünfzehnten Jahrhunderts,

¹⁾ Registrum Wenceslai.

²⁾ Ibidem.

³⁾ Ibidem.

⁴⁾ Laut Zeugniß der Urkunde No. 28 im Fürstlichen Archive zu Pless.

den Versuch, den alten Anspruch ihrer Familie auf Pless zu erneuern. Der Streit wurde vor dem Fürstenrecht in Breslau ausgetragen, welches endgültig, nach mannigfachen Verhandlungen und Beweisaufnahme, am 21. Januar 1499 sein Urtheil dahin fällte, dass dieweil nachgewiesen sei, dass die Herzogin Machna ihre Ansprüche auf Pless auf ihren Vetter Hanuss, dieser hinwiederum auf Herzog Kasimir übertragen habe, die Herzogin Machna mit ihren Ansprüchen für immer abzuweisen sei. Dieses Urtheil wurde von König Wladyslaw am 1. Mai desselben Jahres bestätigt. Seit der Zeit befanden sich Kasimir und seine Nachfolger in ungestörtem Besitze von Pless, selbstverständlich mit allen fürstlichen Rechten, darunter u. a. auch dem Bergregal, da, wenn dieses nicht aus den Briefen der Könige Matthias und Wladyslaw folgen sollte, es doch unbedingt eine Folge der Uebertragung sämmtlicher Rechte auf Pless durch die Erben des Herzogs Wenzel ist.

Dem nunmehrigen Besitzer, Herzog Kasimir von Teschen, gelang es aber, sich noch andere Freiheiten für Pless zu erwirken. Im Jahre 1498 (am 23. Februar) ertheilte ihm König Wladyslaw ein Privileg, laut welchem er das Recht haben sollte, sein Herzogthum Teschen und Pless auf seine Nachkommen männlichen und weiblichen Geschlechts, auch seine Nächsten und Blutsverwandten, jedoch nur auf vier Glieder, zu vererben.¹⁾ Für Pless selbst wurde ihm dieses Recht der freien Vererbung zwei Jahre später ins unendliche erweitert, indem dasselbe aus dem Lehnverbande, in welchem es zur Krone Böhmen stand, befreit und zum Allod gemacht wurde. Dieses bedeutsame Privileg d. d. Ofen 28. August 1500 befindet sich im Original unter No. 29 im fürstlichen Archive zu Pless und lautet in wortgetreuer Uebersetzung wie folgt:

Wir Wladyslaw, von Gottes Gnaden König von Ungarn, Böhmen, Dalmatien, Kroatien etc., Markgraf von Mähren,

¹⁾ Alte Uebersetzung des, wie es scheint, nicht mehr vorhandenen böhmischen Originals im Fürstlichen Archive zu Pless.

Herzog von Luxemburg und Schlesien, Markgraf von der Lausitz, thuen kund mit diesem Brief jedermann, dass wir vor einiger Zeit dem erlauchten Kasimir, Herzog von Teschen, Hauptmann von Ober- und Niederschlesien, unserem Oheim, dem lieben und getreuen, die Herrschaft Pless mit all ihrem Zubehör, in dem Recht und der Weise, wie dieselbe der erlauchte Victorin Herzog von Münsterberg, unser Oheim, der liebe und getreue, in seine Hand gebracht und hernach selbigem Kasimir abgetreten hat, zu bestätigen geruht haben; und es bat uns genannter Herzog Kasimir — sofern uns oder unsren Erben, den künftigen Königen von Böhmen, das Einlösungsrecht dieser Herrschaft Pless geblieben sein sollte — dass wir ihm unser Recht, welches uns und unsren Nachkommen auf selbige Herrschaft zukäme, zu geben geruheten und selbige Herrschaft Pless, welche vorerst zu Manns- und Lehnrecht ausgesetzt war, in Erbrecht wandeln und kehren möchten. Seinen gerechten und demüthigen Bitten geneigt, seine fleissigen, tüchtigen und treuen Dienste, die er uns oft gethan und erwiesen und bis jetzt zu thun nicht unterlässt, betrachtend, mit dem Wunsch ihm solches wie gebühlich mit gutem zu lohnen, haben wir aus eigner Gnade, als König von Böhmen und oberster Herzog in Schlesien, gegeben und geben kraft dieses unsres Briefes dem obgeschriebenen Kasimir, seinen Erben und Nachkommen all unser Recht, welches wir auf selbiger Herrschaft Pless gehabt, oder in künftigen Zeiten haben könnten, nichts ausgenommen noch vorbehalten, es sei denn die Unterthänigkeit, durch welche uns und unsren Nachkommen, den Königen von Böhmen der oft genannte Kasimir, seine Erben und Besitzer dieser Herrschaft verbunden sein sollen; auch haben wir diese Herrschaft Pless dem vorgenannten oft geschriebenen Kasimir und seinen Erben aus dem Manns- und Lehnrecht entlassen und befreit, entlassen sie und befreien, und wandeln und kehren sie in rechtes ewiges vollständiges Erbesitzthum, sodass er Kasimir, der

oftgeschriebene, seine Erben und Nachkommen, solches Gut und Herrschaft Pless mit all seinem Zubehör haben, besitzen, frei und ruhig es geniessen können, in demselben Recht und derselben Freiheit es verkaufen, verpfänden, vertauschen, damit thun und lassen mögen, wie mit ihrem eignen Erbeigenthum, ungehindert von uns und unsren Nachkommen, den Königen von Böhmen und sonst jedem Menschen. Und wer diesen Brief haben sollte mit gutem Willen des schon genannten Kasimir oder seiner Erben, wollen wir, dass solchem das volle Recht aller obgenannten Dinge zukomme. Dem zu Urkund haben wir unser königliches Insiegel an diesen Brief hängen lassen. Gegeben zu Ofen am Freitag nach S. Bartolomaei im J. d. H. 1500, unsrer Königreiche des Ungarischen im 10., des Böhmisches im 30. Jahr.

Wladislausz Rex

m. p.

Durch die vorstehende Urkunde wurde Pless vor allem von dem Einlösungsrecht, welches die Krone Böhmen noch etwa auf Grund des Matthias'schen Briefes von 1474 eventuell hätte beanspruchen können, für jeden Fall befreit. Desgleichen verzichtet die Krone dadurch, dass sie die Herrschaft Pless zum Allod macht, auch auf das Anfallrecht bei Lehnserledigung. Damit aber, mit solchen Freiheiten ausgestattet, Pless sich nicht ganz von Schlesien und Böhmen absondere, bemerkt König Wladyslaw ausdrücklich, dass die jeweiligen Besitzer von Pless durch die Unterthänigkeit an die Krone Böhmen gebunden bleiben. Das eigenthümliche Verhältniss, in welches Pless zur Krone Böhmen in Folge dieses Privilegs trat, war dasselbe, in welchem sich der fürstliche Besitz des Breslauer Bisthums zur Krone befand. Wie bei diesem eine Erledigung des Lehens zufolge der Natur des Besitzers nicht eintreten konnte, so wurde dieser Fall für Pless durch die angeführte Allokationsurkunde unmöglich gemacht.

Die wichtigste Folge dieser durch die Allokation erlangten eigenthümlichen Stellung von Pless war die, dass

demselben seine Vorrechte zur Zeit der Regierung der Habsburger nicht verloren gehen konnten. Die Habsburger pflegten nämlich, sobald sie ein erledigtes und an sie gefallenes Lehen, als Könige von Böhmen, wieder verreicheten, dasselbe mit beschränkteren Rechten, als die der Vorinhaber es waren, an die Neu belehnten gelangen zu lassen und sich dabei die verschiedensten Rechte, darunter gewöhnlich ausdrücklich das Bergregal vorzubehalten. In der Weise ist manches Hoheitsrecht den Fürstenthümern, die unter den Habsburgern zu einer Neuverreichung gekommen sind, verloren gegangen und an die Krone gelangt. Vor einer solchen Eventualität war Pless in Folge der Allodifikation für immer gesichert.

§ 6.

Pless in den Händen der Turzos.

Herzog Kasimir von Teschen verkaufte im Jahre 1517 das Herzogthum Pless mit all den Rechten, die er besessen, an den Freiherrn Alexius Turzo von Bethlemsdorf. Laut der am 21. Februar 1517 über diesen Verkauf ausgestellten Urkunde verkauft Herzog Kasimir sein „eigenes und freies Erbgut, Herzogthum und Herrschaft, niemandem verpfändet mit allen . . . Mauten . . ., dem Flosszoll auf den Wassern, welche zu dieser Herrschaft gehören, mit den Vorwerken, mit allen Mühlen und allen Mühlstätten, Nutzen, Nutzungen, mit allen Flüssen, Wassern und Wasserläufen und mit allen Ufern und Dämmen und besonders mit dem Damm, durch welchen das Wasser aus der Weichsel auf die Plessen Teiche geleitet wird, die an der Weichsel liegen; und der Damm soll gehalten werden, so wie wir ihn von altersher gehalten und genossen haben; mit allen Teichen, Teichstätten, Wäldern, Bergen, Thälern, Sträuchern und allen anderen Zu-

gehörungen; mit den Landsassen, Lehnsmanen, Scholzen, Freien, Lehn-, Erb- und Fallgütern (s lecný s napady s odmrtiem) und mit allen Rainen und gerechten Grenzen, so wie dies Herzogthum und Herrschaft von altersher von anderen Herrschaften und Besitzungen abgemessen, abgegrenzt und abgeraint ist, so wie wir diese Herrschaft selbst gehabt, gehalten und genossen haben, ohne uns oder unseren Erben auf solcher Herrschaft etwas zurückzubehalten oder zurückzulassen, es sei an Herrschaft oder Eigenthum, zu rechtem, vollständigem, ewigem Erbbesitz zu haben, halten und zu geniessen dem wohlgeborenen Herrn Alexius Turzo von Bethlemfalva.“¹⁾ Da sich Herzog Kasimir bei dem Verkaufe des „Herzogthums und Herrschaft“ Pless nichts „an Herrschaft oder Eigenthum“ zurückbehalten hat, sind sämtliche politischen und Finanz-Hoheitsrechte auf den Erwerber Alexius Turzo von Bethlemsdorf übergegangen. Dass bei der (im übrigen nicht besonders ausführlichen) Aufzählung der Zugehörigkeiten der Herrschaft das Bergregal nicht besonders figurirt und nicht mit benannt wird, kann nicht wundern, da dasselbe nur in den seltensten Fällen und auch dann meist durch Umschreibung in ähnlichen Urkunden aufgeführt zu werden pflegt. Bei Pless dachte in dieser Zeit auch niemand an Bergbau, vielmehr warf die Fischzucht das Haupterträgniss ab, weshalb auch alles, was damit in Verbindung steht, so genau angeführt wird.

Das „Herzogthum“ Pless war dadurch, dass es in den Besitz eines nichtfürstlichen Herrn kam, zu einer Standesherrschaft geworden. Eine Standesherrschaft in Schlesien war nämlich ein mit allen Rechten eines Herzogthums ausgestatteter Besitz, der sich in Händen eines Nichtherzogs befand. Nur durch den Namen und die persönliche Würde ihres Besitzers unterschied sich eine solche Herrschaft von einem wirklichen Herzogthum. Die Bezeichnung „Herzogthum“ wird aber noch lange

¹⁾ Urkunde No. 34 im fürstlichen Archiv zu Pless.

Zeit nach 1517 für Pless gebraucht. So pflegen die nunmehrigen Herren von Pless, die Turzos, den Rittersn und Ständen ihres „Herzogthums Pless“, ihre alten Gerechtsame zu bestätigen.

Alexius Turzo behielt das „Herzogthum und Herrschaft“ Pless gleichfalls nicht lange. Um 1525 verkaufte er es seinem Bruder Johann Turzo. Die Bezeichnung Fürstenthum oder Herzogthum, welche in der Zeit von 1450—1517 für Pless öfter vorkommt, beginnt seit der Zeit allmählich zu schwinden, und es figurirt nun mehr unter dem Namen einer Herrschaft oder Standesherrschaft. An dem Inhalt der dem Herzogthum oder Herrschaft Pless zukommenden Rechte hat dieser Umstand natürlicher Weise nichts geändert. Am 16. Mai 1527 bestätigt König Ferdinand dem Johann Turzo sämmtliche „originalia, privilegien, handtvesten und Begnadungen, so seine vorfarn fursten und herrn derselbigen Herrschaft zu Plessen“ gehabt und besessen.

Myslowitz, welches vom Herzog Kasimir von Teschen eingelöst, wieder in unmittelbarem Besitz der Herren von Pless sich befand, wird 1536 von Johann Turzo wieder veräußert. Laut der hierüber ausgestellten Urkunde verkaufte er das Städtlein Myslowitz mit den Dörfern Rosdzin, Bogutschütz sammt dem Hammer, Zalenze, Brzezinka, Brzenskowitz, Dzieckowitz, Jazwice, Koziniec und Schoppinitz, ohne dieselben politisch von Pless loszulösen, aber als geschlossenen Gütercomplex,¹⁾ mit jeglicher Jagd, den kirchlichen Lehen etc. und zusammt dem Orber, Gold-, Silber-, Kupfer- und Bleierz, wie auch sonst jeglichem anderen Erz, Schwefel und Lazur an Stanislaus Salomon von Benediktowic. Myslowitz bleibt seit dieser Zeit von Pless abgesondert und ist bis jetzt nicht wieder in unmittelbaren Besitz der

¹⁾ Die genannten Dörfer wurden seit jeher als zusammen mit Myslowitz einen Complex bildend betrachtet.

Herren von Pless gekommen. Der Herrschaft Myslowitz wurde, wie die angeführte Urkunde zeigt, auch (das noch jetzt von ihr ausgeübte Bergregal) ausdrücklich verkauft. Die ausdrückliche Erwähnung des Bergregals bei dem Verkaufe von Myslowitz war aus dem Grunde nöthig, weil Myslowitz nicht mit Landeshoheit von Pless abgezweigt wurde, sondern im Staatsverbande mit demselben verblieb, das Bergregal also, welches zu den fürstlichen Rechten gehörte, in dem Falle nur als besonderen Titel erwerben konnte. König Ferdinand bestätigte am 18. Juni 1537 die erwähnte Verkaufsurkunde in ihren sämmtlichen Punkten und Clauseln.

Dem Freiherrn Johann Turzo von Bethlemsdorf war es — wie seinen Vorgängern — nicht beschieden, lange in dem Besitz von Pless zu verbleiben. Durch missglückte Spekulationen, wie es scheint, war er in grosse Geldnöthen gekommen und sah sich nach einem Käufer für seine Herrschaft Pless um. In dem Polen Severin Boner von Balice, einem polnischen Magnaten, glaubte er einen solchen gefunden zu haben. Aus den sehr interessanten Verhandlungen über diesen Kauf sei hier folgendes hervorgehoben. Nach einem Wladyslaischen Privileg für Schlesien vom Jahre 1510 durften schlesische fürstliche Besitzthümer nicht an Ausländer verkauft werden, damit dieselben nicht, wie dermaleinst Severien und andere Herzogthümer sich von Schlesien loslösten. Bei Pless war eine solche Loslösung um so mehr zu befürchten, da es als Allod nur noch durch ein ganz loses Band, das der formellen Abhängigkeit, an die Krone Böhmen geknüpft war. König Ferdinand sträubte sich daher lange Zeit, zu diesem Handel, durch welchen Pless in die Hände eines mächtigen Ausländers gelangen sollte, seine Zustimmung zu geben. Er ertheilte sie aber dann unter der Bedingung, „das er (Severin Boner) seine erben und nachkhumben von solchem guet der Pless unns und unnser nachkhumende khunig zu Beheim und oberst hertzog in Slesien für ire khunig und erbherrn erkennen und halten, unns und ine davon getrew und gewetig sein, allen schaden verhueten

und frumben zu furdern, bey der cron Beheim und furstenthumben Slesien in hilff, steurn, und allen anndern lanndszpurden, in sonnderhait aber mit besuchung der furstn-oder lanndtoge und im oberrecht auf unnserm kuniglichn hof zu Preszlaw durch sich selbst oder ire geschigkhtn sitzen, alle gepur und alles dasjenige bey der cron Beheim und furstenthumb Slesien laisten und thun sol, das ainem frumben und underthan zuesteet, inmassen wie vilgedachter Hanns Turso und seine vorfaren innhaber der herrschaft Pless gethan, zum vordristn aber die rainen und grenitzen offtberurtn guts Pless unverrugkt und ungeschmellert halten, davon khainen flegkhen weder gros noch khlain in die cron Poln oder andersz wohin nicht entziehen, wegkhumben oder veralieniren sollen, noch anndern ze thun gestatten¹⁾ Bei den Vorverhandlungen stellte Ferdinand auch die Bedingung, Boner möchte sich ausdrücklich verpflichten, alle brieflichen Urkunden von der böhmischen Kanzlei anzunehmen d. h. dadurch seine Abhängigkeit von Böhmen anzuerkennen. Der König, der in den betreffenden Briefen und Schreiben dem Turzo und dem Boner seine Gewogenheit versichert, schiebt die Schuld für die gemachten Weitläufigkeiten auf die Stände des Königreichs Böhmen, von denen er selbst in dieser Hinsicht abhängig sei. Es ist dies genau dasselbe Manöver, wie es angestellt worden war, um die Anwartschaft der Markgrafen von Brandenburg auf das Herzogthum Oppeln zu hintertreiben,²⁾ und beweist, dass auch in der That — gemäss der Wladislaischen Allodificationsurkunde von 1500 — die formelle Unterthänigkeit das einzige Band war, durch welches Pless an die Krone Böhmen gebunden war, und wie sehr man Angst hatte, dass auch dieses schwache Band reissen und Pless für Schlesien und Böhmen verloren gehen könnte.

¹⁾ Urk. No. 51 im fürstlichen Archive zu Pless.

²⁾ Vergl. hierüber Lehnurkunden II, 362—368.

§ 7.

Weitere Geschichte von Pless.

Der ganze Kauf und Verkauf ist aber durch die Interessenten selbst rückgängig gemacht worden, und kurz darauf veräußerte Johann Turzo von Bethlemsdorf die Herrschaft Pless an den Bischof von Breslau, Balthasar von Promnitz. Der Verkauf wurde abgeschlossen im Jahre 1548 und vom König Ferdinand am 5. Februar 1549 bestätigt. Es ist selbstverständlich, dass dieser Bestätigungsbrief an den Rechten der Herrschaft Pless nichts ändern konnte. Das Gebiet von Pless mit der vollen Landeshoheit ging aus den Händen des Turzo in die des Bischofs von Breslau über. Von dem Turzo und nicht von dem König hatte der Bischof seine Rechte her, genau so wie dieser (Johann Turzo) sie von seinem Bruder Alexius und dieser von Herzog Kasimir von Teschen her hatte. Wenn der König zu jeder Veräußerung seine schriftliche Zustimmung ertheilte, so war dies nur die Form, in welcher die ihm als Könige von Böhmen zustehende Oberhoheit zum Ausdruck kam. Der ganze weitschweifige Text der königlichen Bestätigungs-Urkunde bringt daher auch gar nichts, was nicht selbstverständlich wäre. Der Bischof solle nun die Herrschaft Pless besitzen „wie die Hans Turzo, sein Bruder Alexi und vorige innhaber innegehabt“, sie dürfe „frembden ausländern und sonnderlich furstenstandes und geistlichen personen“ wie auch „keinem fursten des reichs“ verkauft werden. (Reichsfürsten, sonstige Ausländer fürstlichen oder geistlichen Standes waren eben die „gewaltigen leut“, von denen im Sinne des Wladislaischen Landesprivilegs von 1510 zu befürchten stand, dass sie ein mit Landeshoheit erworbenes Gebiet der Krone Böhmen „entfremden“ würden.) Der Bischof dürfe über die Herrschaft Pless testamentarisch oder sonstwie verfügen etc. Jeder zukünftige Besitzer der Herrschaft Pless soll die freiherrliche Würde erhalten und als Freiherr von Pless in Fürsten-

und Landtagen und Gemeinen des Landes Schlesien Zusammenkünfte Sitz und Stimme haben.

Selbst letztere Standeserhöhung der zukünftigen Besitzer enthält keine neue Privilegirung oder Erhebung von Pless, da auch die Vorgänger im Besitz, die Turzos, von den piastischen und przemyslidischen Besitzern erst nicht zu sprechen, Sitz und Stimme im Fürstentage hatten, und auch Severin Boner sollte denselben Vorzug, der übrigens mehr Pflicht als Vorzug war, erhalten.¹⁾ Es war nach der vorangegangenen Zersplitterung der schlesischen Fürstenthümer nur etwas ganz Selbstverständliches, dass ein schlesisches Gebiet, dessen Inhaber über ritterliche Stände zu regieren und die Landeshoheit auszuüben hatte, im Fürstentage vertreten sein musste. Dem Inhaber, wenn er nicht selbst vom Freiherrnstande war — wie dies mit den Verwandten des Bischofs Balthasar der Fall war — die Freiherrnwürde zu ertheilen, um Zwistigkeiten bei den Sitzungen zu vermeiden und dem Inhaber der Standesherrschaft Zurücksetzungen zu ersparen, war ein Akt der Staatsklugheit.

Die Geschichte von Pless noch weiter zu verfolgen, hat keinen Zweck. Eine Geschichte dessen, was im Laufe der folgenden Zeit Pless an Hoheitsrechten einbüßen konnte oder eingebüsst hat, wäre eine Geschichte der staatlichen und ständischen Entwicklung Schlesiens überhaupt. Unter den Habsburgern und dann unter preussischer Herrschaft verloren die schlesischen Fürsten, zumeist in Folge der staatlichen und socialen Entwicklung des ganzen Europas, ihre politische Bedeutung, eine nach dem anderen auch die politischen Befugnisse und wurden endgültig nach den Umwälzungen des Jahres 1848 jeder öffentlichen Rechte entkleidet. Nur die Finanzhoheitsrechte, die fruktiven Regalien theilten nicht das Loos der politischen Hoheitsrechte, und Ueberreste von diesen haben

¹⁾ Vergl. das im vorhergehenden § angeführte Citat aus der Urkunde No. 51 im fürstlichen Archive zu Pless.

die schlesischen Fürsten und Standesherrn, trotz der Stürme der Zeit, sich zu bewahren gewusst, und eins der wichtigsten, das Bergregal, ist bei manchem Fürstenthum oder Herrschaft bis in die heutige Zeit herübergerettet worden. Bei Pless sind, nach allem, was über dasselbe bisher angeführt worden ist, alle die Hoheitsrechte der alten Piastischen Herzöge als geblieben zu betrachten, bei denen ein Verlust derselben nicht nachgewiesen werden kann. Die Herrschaft Pless blieb in der Familie von Promnitz, bis sie der letzte dieses Geschlechts Johann Erdmann am 21. Juni 1765 sammt Städten, Schlössern, Dörfern, Vorwerken, Mühlen, Feldern, Wassern, Bergwerken, Jagden, Fischereien, Einkommen, geistlichen und weltlichen Lehen, Regalien, Herrlichkeiten und Gerechtigkeiten seinem Neffen, dem Prinzen Friedrich Erdmann zu Anhalt-Cöthen geschenkweise überliess. Am 27. April 1767 bestätigte König Friedrich II. von Preussen diese Schenkung. Am 5. Februar/23. November 1846 wurde die Herrschaft Pless auf die Grafen von Hochberg, Freiherren von Fürstenstein übertragen. Durch Cabinetsordre vom 7. November 1825 und die vom 21. Februar 1848 wurde der Herrschaft Pless der Titel Fürstenthum verliehen, ein Titel, der nach 1517, als Pless in den Besitz der Freiherren Turzo von Bethlemsdorf gelangt war, allmählich aus der Uebung gekommen war.

§ 8.

Resumé.

Das Ergebniss der vorangegangenen Schilderung lässt sich in folgende Worte zusammenfassen:

- 1) Herzog Lesco von Ratibor und seine Vorgänger haben in Ratibor (Pless und Myslowitz mit inbegriffen) sämtliche Hoheitsrechte kraft eigenen Rechtes als souveräne Herren besessen.

- 2) Lesco hat alle seine Rechte bezüglich Ratibor (mit Pless) testamentarisch auf seinen Schwager, den Herzog Nicolaus II. von Troppau, übertragen. Diesem hat zum Ueberfluss König Johann von Böhmen den Besitz des Bergregals expresse und mit deutlichen Worten bestätigt.
- 3) Die Nachkommen des Herzogs Nicolaus erbten einer vom anderen Besitz und Rechte, bis durch Erbgang und Erbtheilung das Gebiet von Pless-Sohrau-Rybnik sich in den Händen Wenzels — an Rechten ungeschmälert und demnach auch mit dem Bergregal — befand.
- 4 a) Die Erben Wenzels übertragen ihre sämtlichen Rechte auf Pless und somit auch das Bergregal für das Plessers Gebiet auf die Herzöge von Münsterberg bzw. ihren Rechtsnachfolger, den Herzog Kasimir von Teschen.
- b) Die Herzöge von Münsterberg hielten Pless inne auf Grund einer Verleihung durch König Matthias, der Pless dem Herzog Wenzel mit dem Schwerte genommen und somit nach Kriegerrecht über dasselbe zu verfügen hatte. Auch diese Verleihung überträgt auf die Münsterberger sämtliche Rechte Wenzels bezüglich Pless, demnach sämtliche politischen und Finanz-Hoheitsrechte der alten piastischen Herzöge für das Gebiet desselben.
- c) Auch König Wladislaw, der zur Zeit des Plessers Besitzwechsels der legitime Oberlehnsherr Schlesiens war, ertheilte den Münsterbergern seine Zustimmung zu dem Besitz von Pless (und noch darüber hinaus) mit sämtlichen Rechten Wenzels und seiner Vorgänger.
- 5) Die Münsterberger übertragen das auf Grund dieser Titel besessene Pless mit ihren sämtlichen Rechten auf Kasimir Herzog von Teschen.

- 6) Dem Herzog Kasimir von Teschen gegenüber verzichteten a) die Erben Wenzels auf ihre Ansprüche auf Pless, b) die Krone Böhmen auf sämtliche Rechte, die sie etwa auf dasselbe haben könnte, darunter auch auf das Anfallsrecht, und behielt sich dieselbe nur die Abhängigkeit der Besitzer von Pless von der Krone. Pless hat demnach durch diese Urkunde sämtliche Hoheitsrechte, wie sie den Herzogthümern in Schlesien zur Zeit vor den Habsburgern zugestanden haben, erworben, wenn es dieselbe vorher kraft eigenen Rechts nicht besessen hätte. Eine andere Folge des durch Herzog Kasimir erlangten Privilegs war die, dass Pless nicht mehr an die Krone fallen und mit verkürzten Rechten nicht neu verliehen werden konnte. Die nachfolgenden Besitzer mussten demnach im Besitze der alten Hoheitsrechte verbleiben. Nur sofern der Verlust eines Hoheitsrechtes sich ausdrücklich nachweisen lässt, kann von einem solchen gesprochen werden. Aus der Geschichte des Bergregals in Schlesien steht es fest, dass es zu den Hoheitsrechten gehört hat, welche sich dort, wo sie bestanden, bis heute erhalten haben. Es ist demnach zum mindesten dieses Hoheitsrecht als im Besitz der Standesherrschaft Pless verblieben zu betrachten. Für das Gebiet von Myslowitz hat Hans Turzo, ein Rechtsnachfolger Kasimirs, das Bergregal verkauft.
-

Theil II.

Entgegnung

auf die Ausführungen der Schrift von Rechtsanwalt Bellerode:
„Beiträge zu Schlesiens Rechtsgeschichte“

Heft I und Heft II.

Nachstehende Entgegnung schliesst sich in Eintheilung und Gruppierung des Stoffes den Ausführungen der „Beiträge“, welche von § zu § begleitet und auf ihre Stichhaltigkeit geprüft werden, vollständig an. Es ist daher die Voraussetzung dieser Widerlegung, dass der Leser derselben die „Beiträge“ selbst immer zur Hand hat. Nur die Ausführungen des Heftes II, welches keine neuen Gesichtspunkte anführt und nur die in Heft I vorgetragenen Theorien fortspinnt, sollen in Pausch und Bogen behandelt werden.

A.

§ 1

spricht von Unklarheiten in der Geschichte von Pless aus der Zeit um 1478. Da kein massgebendes Buch über die Geschichte von Pless existirt, ist man in der That und sind auch die „Beiträge“ über die Geschichte von Pless nicht genügend

orientirt. In Theil I haben wir eine kurze auf Urkunden beruhende Darstellung der hier in Betracht kommenden Geschichte von Pless gegeben, welche die von diesem § hervor-
gehobenen Schwierigkeiten beseitigt:

Ein Herzogthum Pless-Sohrau-Rybnik existirte unter Wenzel. Diesem nahm König Matthias das Gebiet von Pless mit dem Schwerte und gab es 1474 dem Herzog Hynek von Münsterberg. Sein Nachfolger Victorinus erwirkte sich dafür mit Beiwirkung seines Bruders, Heinrich des Aelteren, die Belehnung durch den rechtmässigen Lehnsherrn von Schlesien, König Wladyslaw von Böhmen (1478) und, was nicht vergessen werden darf, dessen Nachfolger, Herzog Kasimir von Teschen, erlangte die Abtretung Seitens der hinterbliebenen Agnaten des verstorbenen Herzogs Wenzel (s. Theil I §§ 3, 4 und 5).

§ 2

betont, es komme hauptsächlich darauf an, die staatsrechtliche Bedeutung des Wladislaischen Lehnbriefes von 1478 zu prüfen. Dem möge vor allem entgegengehalten werden, dass selbst, wenn dieser Lehnbrief wegfiel, an den Rechten von Pless nichts geändert werden würde, da dieselben auch durch andere Titel, den Brief des Königs Matthias von 1474 und die Uebertragung der Agnaten des Herzogs Wenzel gesichert sind. Dass er aber staatsrechtliche Bedeutung gehabt hat, folgt aus dem Umstande, dass anno 1478, also vor dem Frieden von Olmütz, König Wladyslaw, der in Prag thronte und die Insignien der böhmischen Krone innehatte, der rechtmässige Lehnsherr von Schlesien war.

§ 3 und § 4

unterhalten über schlesische Geschichte.

§ 5

betont, Wenzel von Rybnik und seine Vorgänger, die Herzöge von Troppau-Ratibor, welche 1336 in den Besitz von Ratibor

(mit Pless) gekommen sind, seien keine Piasten, sondern Nachkommen des Königs Przemysl Ottokar von Böhmen gewesen. Die Race spielt aber hier keine Rolle. Die Herzöge von Troppau standen in allem den Herzögen von Schlesien gleich. Der letzte piastische Besitzer von Ratibor (mit Pless) vermachte sein Herzogthum seinem Schwager Nicolaus II. von Troppau. Der König von Böhmen bestätigte ihm nur diesen Besitz. Auf Erörterungen über die Genealogie der Herzöge von Troppau, sie mögen noch so interessant sein, erübrigt es sich demnach einzugehen. Ebenso kommt es auf die im

§ 6

gebotene Genealogie der Herzöge von Münsterberg sehr wenig an. Wenn es nur einmal feststeht, dass auch nicht-piastische Fürsten, wie die Herzöge von Troppau z. B., das Hoheitsrecht der Piasten-Herzöge gleichfalls besaßen, so kann es ganz irrelevant sein, dass auch die Herzöge von Münsterberg keine Piasten gewesen sind. Auch die Bischöfe von Breslau waren keine Piasten, jedoch Inhaber eines piastischen Herzogthums und standen als solche nicht nur den Piastenfürsten gleich, sondern waren, in Folge ihrer kirchlichen Würde, die ersten unter denselben.

§ 7

führt an, dass König Matthias, nachdem er Ansprüche auf die böhmische Krone erhoben hatte, sich vor allem in den tatsächlichen Besitz Schlesiens zu setzen wusste und dass er durch den Olmützer Vertrag vom 21. Juli 1479 auch staatsrechtlich die Oberlehnshoheit über Schlesien erwarb, giebt demnach zu, dass im Jahre 1478 König Wladyslaw staatsrechtlich der Oberlehnsherr von Schlesien war.

§ 8

stellt die Behauptung auf, dass durch den Olmützer Vertrag nicht nur alle durch König Matthias vor dem Vertrage ge-

troffenen Verordnungen die ihnen fehlende staatsrechtliche Sanktion erhalten haben, sondern dass sie ausschliesslich rechtsbeständig wurden (die Verleihungen König Wladyslaws demnach nie Gültigkeit hatten, also auch nicht zur Zeit, wo er wirklich staatsrechtlich der Oberlehnsherr war). Diese Folgerung ist logisch unrichtig. Ausserdem bestätigte König Matthias den Schlesischen Fürsten, als sie in seinen Frieden mit Wladyslaw (am 25. Juli 1479 und dann am 10. August 1479) einstimzten, alle Privilegien, die sie von seinen Vorgängern, den Königen von Böhmen, erhalten hatten, demnach also auch die, welche sie von seinem unmittelbaren Vorgänger (bis zum Olmützer Friedensschluss), Wladyslaw, her hatten.

§ 9

schildert das Schicksal Wenzels von Rybnik in den Jahren 1473—79. (Vergl. hierzu die Schilderung in Theil I § 3). Dass König Matthias — wie „Beiträge“ in Schlussabsatz des § 9 behaupten — den Wenzel von Rybnik dem Herzog Heinrich dem Aelteren von Münsterberg überlassen habe, ist nicht richtig. Die Quelle, auf welche sich Streitschrift beruft (Sommersberg I 764) berichtet hierüber nichts. Dieses ist aber auch gar nicht wahrscheinlich. Wenzel ist bei der Eroberung von Pless durch den Hauptmann des Königs Matthias, wie die Chronisten übereinstimmen, nach Auschwitz entkommen. Seine spätere Fehde mit Heinrich von Münsterberg ist eine Privatfehde, an der Matthias keinen Antheil hat. Herzog Heinrich der Aeltere war auch der ausgesprochenste Feind des Königs Matthias und hielt es mit König Wladyslaw; mit diesem verhandelt er über die Besitzungen des gefangenen Wenzel (vergl. Urkunde No. 17 im fürstlichen Archive zu Pless). Herzog Heinrich der Aeltere figurirt auch als Bürge für König Wladyslaw bei der Unterzeichnung des Olmützer Vertrages. Es ist schon Theil I § 3 die wahrscheinliche Vermuthung ausgesprochen worden, dass Wenzel wieder in eine Fehde mit Heinrich dem Aelteren von Münsterberg dadurch verwickelt

wurde, dass er das ihm von Matthias durch Kriegsgewalt genommene Pless zurückerobern wollte.

§ 10

stellt die Behauptung auf, König Matthias habe durch die Urkunde vom 16. December 1474 dem Herzog Hynek von Münsterberg das Gebiet von Pless nicht mit fürstlichen Rechten sondern nur mit Dominialrechten übertragen. Dies wird gefolgert aus den Worten der Urkunde, laut welcher Hynek das Gebiet von Pless erhalten habe, „mit voller Herrschaft“. Demgegenüber ist textkritisch vor allem zu bemerken, dass der Ausdruck „Herrschaft“ nicht nur in der engen Bedeutung als Bezeichnung von Dominialrechten oder eines Besitzes mit Dominialrechten allein, sondern in der Bedeutung eines Rechtscomplexes von Dominialrechten aufwärts gebraucht wird (etwa wie man heute unter Officier auch einen General verstehen kann). So nennen sich die schlesischen Herzöge sehr oft einfach „dominus“ oder „Herr“ ihrer Herzogthümer, so z. B. „Henricus dux slezie et dominus Legniczensis“ (2. Juni 1383; Lehnurkunden II p. 239); „Herczog Johannes und herczog Heinrich . . . erbherren zu Monsterberg“ (2. Januar 1416 ibidem 243). In der Urkunde vom 6. August 1396, laut welcher die Herzöge von Oppeln etc. sich mit dem König von Polen verbinden, heisst es: „Conradi domini Olsniczensis et Koslensis, Przemkonis domini Opavie (= von Troppau), dominum Ludwicum Bregensem“ etc. (Original in Warschau). Herzog Wenzel von Teschen und Severien nennt sich in der Urkunde vom 24. December 1442, laut welcher er sein Herzogthum Severien an den Bischof von Krakau verkauft: „dominus ducatus et terrae Severiensis“. Wer wird nun auf Grund der angeführten Ausdrucksweise behaupten wollen, dass der Piast Herzog Heinrich im Liegnitzischen im Jahre 1383, Herzog Conrad in Oels und Cosel, Herzog Ludwig in Brieg im Jahre 1396 nur Dominialrechte auszuüben hatten, oder dass Herzog Wenzel von Teschen, der Severien mit der Landeshoheit ver-

äussert, ein „nur mit Dominialrechten ausgestatteter Besitzer des Herzogthums und Landes Severien“ war?

Genau so wie dominus oder Herr nicht bloß den Dominialherrn bezeichnet, bedeutet dominium oder Herrschaft nicht bloß die Dominialrechte oder einen mit Dominialrechten ausgestatteten Besitz, was folgende Beispiele erhärten: Kaiser Karl IV. gestattet am 26. März 1367 dem Herzog Wladyslaw von Oppeln „sein fürstenthumb und hertzogthumb zu Opul zu Rosenberg und Landsberg mit aller herrschaft als es auf in von seinem vattern geerbet ist“ auf seine weibliche Descendenz zu vererben. (Registrum Wenceslai in Prag). Der Herzog von Oppeln dürfte demnach, nach der Interpretation der „Beiträge“, seine Herzogthümer seinen weiblichen Nachkommen nur mit Dominialrechten überweisen, ja mehr noch — da es heisst: „mit aller Herrschaft als es auf ihn von seinem Vater vererbt ist“, so hätte der Vater des Herzogs Wladyslaw, der mächtige Herzog von Oppeln, der erst seine Lande dem König von Böhmen zu Lehn aufgetragen, gleichfalls nur Dominialrechte in seinem Herzogthum besessen! Bei der Landestheilung von Oppeln vom 6. Mai 1400 wird auch nur „de omnibus terris, castris, iurisdiccioneibus, iuribus et dominiis . . . fratribus communiter pertinentibus et spectantibus“ gesprochen. Haben darum die Herzöge von Oppeln im Jahre 1400 keine fürstlichen Rechte mehr gehabt oder beansprucht? Bei der Lehnsauftragung des Herzogthums Liegnitz durch den Herzog Boleslaw und seine Söhne am 13. December 1331, sagen die Fürsten, dass, falls ihr Stamm aussterben sollte — „sepedicte terre nostre (der Herzöge) et civitates cum castris et appendiciis suis omnibus ad supradictos regum heredes et successores suos necnon ad ipsum regnum Bohemie nomine et titulo domini devolventur.“ (Lehnsurkunden I, 307).

Die Ausdrücke: „Herzogthum“ und „Herrschaft“ werden oft als Synonyma neben einander gestellt, so z. B. in der Urkunde, laut welcher König Matthias den 26. Juni 1469 den Herzögen

von Oels-Cosel ihre Besitzthümer und Privilegien bestätigt: „alle ir herzogthümer und hirschaftten briffe und privilegia“ (Original im Oelser Archive). Wie Briefe und Privilegia hier pleonastisch aber synonymisch gebraucht worden sind, so ist es genau mit den Ausdrücken, „ihre Herzogthümer und Herrschaften.“ Nach der Interpretation der „Beiträge“ müsste angenommen werden, König Matthias habe ihnen den Besitz solcher Gebiete bestätigt, in welchen sie fürstliche Rechte und solcher, in denen sie nur Dominialrechte auszuüben hatten, was aber nach dem ganzen Inhalt der Urkunde nicht der Fall ist. Das eben angeführte Beispiel ist um so bedeutsamer, als es von König Matthias, also demselben Aussteller wie die qu. Plessur Urkunde, herrührt.

Die auf der Deutung des Ausdrucks „mit der vollen Herrschaft“ aufgebaute Ausführung der „Beiträge“, Pless wäre von König Matthias an den Herzog Victorin von Münsterberg nicht mit fürstlichen, sondern nur mit Dominialrechten verliehen worden, ruht also auf schwachen Füßen. Ebenso hat es nichts auf sich, dass die Urkunde einfach sagt: „unser Schloss Pless sammt der Stadt“ u. s. w., ohne dass das Wort Fürstenthum oder Herzogthum vorangestellt ist. Auch dieses entspricht dem Sprachgebrauch der alten Urkunden, wie folgende Beispiele beweisen. Kasimir, Herzog von Teschen, gestattet am 8. Mai 1337 dem Herzog Wladyslaw von Beuthen den Rückkauf des Herzogthums Severien, nennt es aber einfach „castrum Sevor cum eius toto districtu“ (Lehnsurkunden II, p. 625); in den ersten Lehnsauftragungsurkunden nennen die Herzöge ihre Fürstenthümer gewöhnlich: „terra nostra NN. cum civitatibus et castris“ (siehe die verschiedenen Urkunden in den Lehnsurkunden B. I und II). Herzog Heinrich von Schlesien tritt am 4. Januar 1337 dem König Johann von Böhmen Görlitz ab mit den Worten: „civitatem Gorleczensem cum districtu et territorio suis, dominio, iurisdiccione, iure, honore, fortaliciis, teloneis, castris, oppidis, villis, vasallis et earum incolis, iudeis, silvis,

nemoribus, iure patronatus ecclesiarum et universis suis pertinentiis damus sibi (dem König) et heredibus“ (Original in Wien). Sind das nicht heinahe dieselben Ausdrücke, mit denen König Matthias dem Herzog Hynek Pless übergeben hat? und wird man darum behaupten wollen, dass König Johann von Böhmen — weil die Urkunde nur von einer civitas cum districtu und nur vom dominium spricht — Görlitz nur mit Dominialrechten erworben hat? Ebenso heisst es von dem Verkaufe des Guhrauschen an den König von Böhmen: „*terram nostram Goram cum civitate et castro Gora, territorio et omnibus et singulis limitibus, dominio, honore, iurisdiccione baylya*“ etc.

Wenn die angeführten Beispiele noch nicht genügen sollten, so muss das folgende, durch seine vollständige Analogie mit dem Briefe für Pless von 1474, ausreichen. Am 25. October 1482 verpfändet König Matthias um 50 000 Gulden das Gebiet von Crossen, Bobersberg, Züllichau und Sommerfeld den Markgrafen von Brandenburg. Der Hauptpassus dieser Urkunde lautet: „haben wir zu einem rechten widerkaufe solcher funftzig tausendt hungerischer gulden mit vollbedachtem mute rathe und aus sunderlichem wissen verkauft und verkaufen gegenwortiglich in craft und macht ditzs brives der gnannten frawen Barbaren iren vater brudern und iren erben marggraven zu Brandenburg vorgnant¹⁾ unser sloss stette und lendichen weichbilde und mit allen und iglichen iren zugehorungen nemlich Crossen sloss und stat mit sampt dem Bobergsbergischen lendichen und allen seinen zugehorungen, Czulch sloss und statt, Sommerfeldt sloss und statt mit sampt aller verschreibung und gerechtigkeit die der hochgeborne unser furst oheim und liber getrewer Johannis hertzog in Slesien und zu Grossen Glagow bisher daran gehabt hat, also das die gnant fraw Barbara ir vater bruder vor-

¹⁾ „vorgnant“ bezieht sich auf die Markgrafen von Brandenburg, nicht auf das folgende „unser sloss“ etc.

gnant und ir erben marggraven zu Brandenburg solch vorbenant sloss stette mit aller nutzung zinsen herlicheiten freilheiten gerechtigkeiten oberkeiten lehen geistlichen und werntlichen zcollen mollen wiltpennen holtzeren haiden wasseren mit den wehren wasserteichen teichen vorwerken manschaften burgern pawern und mit allen und iglichen zugehorungen, auch allen und iglichen gerichtten obersten und nydersten wie man die benennen mag oder kan gar nichts usgenommen eingegeben haben, sich aller solcher vorberurt slos stette lendlichen nutzung und zinsz zu gebrauchen und zu genissen nach irem besten willen von uns unsern erben und nachkomen konig zu Behem etc. und sunst allermeniglich ungehindert, wie sich dann vormals besitzer und ynhaber solcher herrschaft gebraucht und gehalten haben solang bis unser erben oder nachkomen konig zu Behem die gnanten sloss stette lendlichen mit aller zugehorung vorberurt wider von der vorgnanten frawen Barbara irem vater iren brudern und iren erben marggraven zu Brandenburg wider abkaufen.“ Wenn man hier statt Crossen etc. — Pless, statt Markgrafen von Brandenburg — Herzog Hynck von Münsterberg, statt Herzog Johann von Grossglogau etc. — Herzog Wenzel von Rybnik und statt der Summe von 50 000 Gulden -- die von 20 000 setzt, erhält man da nicht eine beinahe buchstäbliche Uebersetzung der Urkunde desselben Königs Matthias über Pless d. d. 16. December 1474? Die Markgrafen erhielten nach dem Wortlaut der Urkunde die Schlösser und Städte Crossen etc. mit allen „herlicheiten“ (= mit aller Herrschaft), um sie so zu besitzen wie die Vorbesitzer“ „solcher herrschaft“ sie besessen haben. Geschichtlich wissen wir aber, dass die Markgrafen von Brandenburg nicht nur die Landeshoheit in den genannten Gebieten ausgeübt haben, sondern dass, nachdem sie das Einlösungsrecht der böhmischen Krone an sich gebracht hatten, diese Gebiete für Schlesien und Böhmen verloren gegangen sind.

Die vorstehenden Ausführungen genügen vollends, um zu zeigen, dass die Deutung, welche die „Beiträge“ der Urkunde des Königs Matthias von 1474 angedeihen lassen, ganz unannehmbar ist.

Die Unmöglichkeit der Behauptung der „Beiträge“, Pless sei nur mit Dominialrechten durch König Matthias verliehen worden, folgt ferner aus folgender Deduktion. Ist Pless nur mit Dominialrechten an die Herzöge von Münsterberg gekommen, so ist die Landeshoheit entweder wie bei Sobrau und Rybnik bei den Erben des Herzogs Wenzel geblieben, oder König Matthias hat sie der Krone Böhmen vorbehalten. Ersteres ist nicht der Fall gewesen, da die Erben Wenzels nirgends als die Landesherrn von Pless auftreten, wie dies bei Sobrau und Rybnik der Fall ist (vergl. Welzel, Geschichte von Sobrau und Idzikowski, Geschichte von Rybnik, wie auch oben Theil I § 3). Ausserdem, wäre dies dennoch der Fall gewesen, so ist durch den Verzicht der Erben von Wenzel zu Gunsten der Münsterberger resp. des Herzogs Kasimir auf ihre Rechte auf Pless, die Landeshoheit auf die Besitzer von Pless übergegangen.

Hätte der König sich die Landeshoheit vorbehalten wollen, so hätte er dies in der Urkunde zum Ausdruck gebracht. Ausserdem hätte dieser Umstand die verschiedensten Folgen gehabt, die bei Pless nicht eingetreten sind:

1. Als Immediatherrschaft wäre Pless direkt dem Oberamt in Breslau unterstellt gewesen.

2. Alle Urkunden, die von den Herren von Pless für ihre Unterthanen ausgestellt worden sind, dürften nicht von diesen, sondern müssten, wie das bei Herrschaften in den Immediatfürstenthümern der Fall war — vom König von Böhmen als Landesherrn bestätigt werden.

3. Hätte Matthias Pless nur mit Dominialrechten verliehen, so könnten, da es nur verpfändet wurde, die von Pless abverpfändeten Güter nicht als mitverliehen betrachtet werden, da sie sobald sie abverpfändet waren, nur durch die Landeshoheit an Pless geknüpft sein konnten. Die abverpfändeten

Stücke müssten dann besonders von Pless unabhängige Gebiete bilden. — Alle diese aus der Annahme der „Beiträge“ resultierenden Folgen treffen aber nicht zu.

Es steht ausserdem geschichtlich fest, dass die Herren von Pless weiter die Landeshoheit in Pless ausgeübt haben. Herzog Victorin, der von seinem Bruder Hynek die Herrschaft Pless durch Tausch erstanden, tritt uns schon in Urkunden von 1475 als „Herzog von Pless“ entgegen. Er erlässt einschneidende Verordnungen für sein „Herzogthum Pless“. Der Name Herzogthum oder Fürstenthum Pless kommt überhaupt öfter vor, nachdem Pless als besonderes Gebiet mit Landeshoheit auftritt. König Wladyslaw spricht in der Urkunde von 1498 vom Fürstenthum Teschen und Pless. Kasimir verkauft am 21. Februar 1517 „sein eigenes freies erbliches Gut: Herzogthum und Herrschaft . . . nämlich Schloss und Stadt Pless etc. . . . sowie dieses Herzogthum und Herrschaft von altersher von anderen Herrschaften und Besitzungen abgegrenzt . . . ist.“ Belege dafür, dass die Herren von Pless ihre ritterlichen Stände regiert, sich als Landesherrn von Pless bezeichnet und von anderen so bezeichnet worden sind, bietet das fürstliche Archiv in Pless in Fülle.

§ 11

folgt aus den Tauschurkunden über Pless und Kolin, dass nur Herrschaft gegen Herrschaft („Beiträge“ meinen: Herrschaft nur mit Dominialrechten) getauscht wurde. Dass aber Victorin gewusst hat, dass er in Pless einen Besitz mit fürstlichen Rechten erwirbt resp. erworben hat, beweist, dass er sich bald nach der Erwerbung von Pless einen Herzog von Pless nennt, während sein Bruder in Bezug auf Kolin dies nicht thut.

§ 12

bespricht den Uebergang der Herrschaft Pless an den Herzog Kasimir von Teschen und führt eine Urkunde dieses Herzogs vom 28. November 1480 an, in welcher dieser sich „Herr zu

Pless“ nennt und einen Kaufvertrag um das Gut Pilgramsdorf bestätigt. Hätte Kasimir nicht die Landeshoheit über Pless, so stünde diese Bestätigung nicht ihm, sondern dem König von Böhmen, oder in seinem Namen dem Landeshauptmann zu, wie dies im Fürstenthum Schweidnitz-Jauer immer in ähnlichen Fällen zu sein pflegt. Pless hat aber seinen eignen Landeshauptmann, der, wo er auftritt, nicht im Namen des Königs von Böhmen (wie die Hauptleute in Schweidnitz-Jauer), sondern im Namen des Herrn von Pless handelt.

Der Ausdruck „Herr zu Pless“ hat nichts auf sich, wie in den Bemerkungen ad § 10 gezeigt worden ist. Kasimir spricht auch gelegentlich — wie in der Verkaufsurkunde von 1517 — von seinem Herzogthum und Herrschaft Pless. Dass auch ein Gut wie Pawlowitz „mit der vollen Herrschaft“ ausgestattet sein konnte, ist ganz natürlich, denen der Ausdruck „Herrschaft“ konnte alle Rechtcomplexe von dem Complex der Dominialrechte aufwärts bezeichnen, wie „Herr“ einem gewöhnlichen Herrn, aber auch einem Fürsten, Herzog und König als Titel diene.

§ 13

beschäftigt sich mit der Allodification von Pless im Jahre 1500. Aus dem Wortlaut der hierüber am 28. August 1500 durch König Wladyslaw ausgestellten Urkunde wird der Schluss gezogen:

1. nur der Verreichbrief des Königs Matthias habe für Pless Gültigkeit gehabt.

2. Pless sei eine nur mit Dominialrechten ausgestattete Herrschaft gewesen. Für letztere Behauptung sehen „Beiträge“ einen Beweis auch in der Thatsache der Allodification selbst.

Aus den Worten der Urkunde: „in dem Recht und der Weise, wie sie (die Herrschaft Pless) der erlauchte Victorin Herzog von Münsterberg in seine Hände gebracht“, ist nicht, wie „Beiträge“ es thuen, zu schliessen, dass nur der Verreichbrief König Matthias, gemeint ist; es folgt aus der Nennung

gerade Victorins das Gegentheil, dass nicht der Matthias'sche Brief der allein massgebende sei. Von König Matthias Gnaden hatte Pless der Herzog Hynek erhalten, Victorin aber besass auch die von Wladyslaw herrührenden Titel, welche Heinrich der Aeltere von Münsterberg 1477 und 1478 (die Erlaubniss sich von gefangenen Wenzel Abtretungen machen zu lassen und den Wladislaischen Lehnbrief) von Wladyslaw erhalten und auf ihn übertragen hatte. Die Betonung der Rechte Victorins beweist, dass kein Titel ausgeschlossen werden sollte.

Von dem Verzicht auf das Einlösungsrecht durch die Krone, worin ein Bezug auf den Matthias'schen Brief sich befindet, wird nur in hypothetischer Form gesprochen: „wofern etwa uns oder unseren Erben, den künftigen Königen von Böhmen das Einlösungsrecht selbiger Herrschaft Pless zustehen sollte“ etc. Dass Herzog Kasimir um Entfernung dieser eventuellen Prätension, die auf Grund des Matthias'schen Briefes immer noch einmal von einem böhmischen König erhoben werden könnte, gebeten hat, kann niemand wundern. Er wollte eben seinen Besitz gegen jeden Einwand gedeckt und sichergestellt haben.

Wie man in den Worten: „wir geben obgenanntem Kasimir, seinen Erben und Nachkommen all unser (des Königs) Recht, welches wir auf dieser Herrschaft Pless gehabt oder in künftigen Zeiten haben könnten (d. h. das Anfallsrecht), nichts ausgenommen oder vorbehalten, als nur die Unterthänigkeit, durch welche („Kteruz“ ist hier *casus instrumentalis*) uns und unseren nachkommenden Königen von Böhmen oft geschriebener Kasimir, seine Erben und Inhaber dieser Herrschaft verbunden sein sollen“, einen Beweis dafür erblicken kann, dass die Herrschaft Pless nicht mit fürstlichen, sondern nur mit Dominialrechten ausgestattet war, ist unerfindlich. Der Sinn dieser Worte ist der: da die Herrschaft Pless bis jetzt durch das Lehnband an die Krone Böhmen geknüpft war, aus welchem Verhältniss für die Krone zwei Rechte, das der Anwartschaft und das der Oberhoheit, resultirten, die Krone

aber auf das erste dieser Rechte (die Anwartschaft bei Lehnserledigung) verzichtet, so behält sie sich das einzig noch zurückbleibende, das der Oberhoheit, zurück. Wo liegt hier der Beweis dafür, dass Kasimir zwar Landesherr in Teschen, in Pless nur Grundherr gewesen ist (ganz abgesehen davon, dass sowohl Kasimir wie seine Nachfolger in Pless urkundlich als die Landesherren auftreten?) „Beiträge“ scheinen ihre ganze Behauptung auf den einen Ausdruck: „Unterthänigkeit“ („*poddanost*“ im böhmischen Original) zu gründen. Dieser Ausdruck bezeichnet aber nur das Abhängigkeitsverhältniss, das zwischen Pless und der Krone bestehen soll, er bedeutet die Unterwerfung unter die Oberhoheit der Krone Böhmen, die trotz der Allodification weiter bestehen soll. So sagt auch Herzog Bolko von Münsterberg, als er am 29. August 1336 sein Land dem König Johann von Böhmen als Lehen aufträgt, „*ducatum nostrum regis ipsi Boemie subalternare volentes sese et nostra ipsius domini rego supposuerimus dicioni.*“ (Original in Wien). König Johann von Böhmen, zu dem Herzog Wladyslaw von Kosel in ein Lehnverhältniss tritt, äussert sich hierüber (19. Februar 1327. Lehnurk. 11. 418): „*nos ipsius subieccioni benivole in hac parte grata vicissitudine recurrere disponentes*“ etc. Genau so bei der Lehnserhebung von Teschen: „*nos ipsius subieccioni*“ etc. (Lehnurk. VI. 560) Herzog Kasimir von Teschen war also bezüglich seines Teschner Herzogthums genau so zur Subjection, zur Unterthänigkeit verbunden, wie bezüglich seiner Herrschaft Pless (welche Unterthänigkeit in gewissen Formen ihren Ausdruck fand). Der Unterschied zwischen Teschen und Pless war der, dass, während bei ersterem ausser der Unterthänigkeit die Krone noch das Anfallsrecht hatte, bei Pless dieses Recht der Krone nicht mehr bestand.

Wenn „Beiträge“ glauben, dass die Allodificirung nur bei einem grundherrlichen Besitz möglich, bei einem Gebiet mit Landeshoheit undenkbar sei, so sind sie vollständig im Irrthum. Auch im Deutschen Reich gab es bekanntlich Graf-

schaften mit voller Landeshoheit, die Allode waren. In Schlesien haben die Könige von Böhmen bei vielen Herzogthümern ihr Anfallsrecht so sehr eingeschränkt, dass es einer Allodificirung derselben beinahe gleichkam. Da die schlesischen Herzogthümer feuda oblata waren, so haben sich manche Herzöge verschiedene Abweichungen vom allgemeinen Lehnrecht ausbedingen können. Bei vielen Herzogthümern war die weibliche Descendenz erbberechtigt, die Besitzer von manchen hatten Erbverbrüderungsverträge geschlossen, manche hatten das Recht letztwillig über ihre Besitzungen zu bestimmen. Diese Ausnahmerechte, welche den Anfall an die Krone hinausschoben und beschränkten, machten manches Herzogthum beinahe zum Allod. Hätte Herzog Lesco von Ratibor sich das Recht, seinen Besitz letztwillig zu vermachen, nicht vorbehalten, so wäre Ratibor schon 1336 an die Krone Böhmen gefallen, während es so erst zwei Jahrhunderte später an die Krone gekommen ist. Durch die Allodification von Pless ist die Anwartschaft der Krone auf dasselbe nicht auf einige Jahrhunderte, sondern ad infinitum hinausgeschoben worden. (Ueber die beschränkte Allodification von Teschen und Pless zusammen s. Theil 1 § 5). In Schlesien existirte bereits ein Fürstenthum, auf welches die Krone Böhmen kein Anfallsrecht hatte, weil eine Erledigung bei demselben durch die Natur des Besitzers unmöglich war. Es war dies das Herzogthum Neisse, welches im Besitz des Breslauer Bisthums war. Seit 1500 befand sich Pless in demselben Verhältniss.

§ 14

mit seinen Ausführungen über die Geschichte von Pless Sohrau und Rybnik nach 1474 ist wie folgt zu berichtigen. Sohrau und Rybnik sind nicht durch König Matthias eingezogen und neu an die Agnaten des Herzogs Wenzel vertheilt worden. In Sohrau und Rybnik tritt Wenzel noch nach seiner Demüthigung als Landesherr auf (laut Zeugniß der Originalurkunde No. 15 im städtischen Archiv in Sohrau), diese

Gebiete befanden sich aber im Pfandbesitz des Jacob von Dembno (Sohrau) und des Kropacz von Nieviadam (Rybnik). Nach dem Tode des kinderlosen Wenzel machten seine Agnaten Anspruch auf seine Besitzthümer. Sie lösten Sohrau und Rybnik, ersteres für 1400 Goldgulden ein und einigten sich wegen ihrer Ansprüche überhaupt mit den Inhabern von Pless. Sie übertrugen ihre Rechte an Pless auf dieselben, wahrscheinlich gegen Verzicht dieser auf die ihnen laut der Urkunde Wladyslaws von 1478 gebührende Landeshoheit über Sohrau und Rybnik. Pless war nun endgültig ein besonderes Fürstenthum geworden. König Matthias bestätigte die diesbezüglichen Abmachungen der Agnaten Wenzels unter einander. Sohrau und Rybnik blieben bei den Wenzelschen Erben und fielen als erledigtes Lehen an die Krone erst im 16. Jahrhundert. (Vergl. hierüber Urk. No. 28 im fürstlichen Archive zu Pless, die diesbezüglichen Urkk. im Registrum Wenceslai in Prag, die sogenannte Ratiborer Chronik, Weltzel, Geschichte von Sohrau, Idzikowski, Geschichte von Rybnik).

§ 15, § 16 und § 17

sprechen über die Verleihung von Pless-Sohrau-Rybnik durch König Wladyslaw und kommen auf Grund der vorher gemachten Ausführungen zu dem Schlusse, diese habe nie Gültigkeit haben können. Demgegenüber ist zu bemerken: Wladyslaw war vor dem Olmützer Frieden der Inhaber der Insignien der böhmischen Krone und als solcher rechtmässiger Lehnsherr von Schlesien. Wenn er auch ausser Stande gewesen sein sollte, seinen Verordnungen die sofortige Wirksamkeit zu verleihen, so hatten dieselben dennoch staatsrechtliche Gültigkeit, die durch den Olmützer Frieden ihnen nicht genommen werden konnte, da erstens dieser nicht rückwirkend war, und zweitens nach dem Olmützer Frieden König Matthias den ihn anerkennenden schlesischen Fürsten alle von seinen Vorgängern, und also auch von Wladyslaw, erlangten Privilegien bestätigte.

„Beiträge“ betonen als einen Umstand von besonderer Wichtigkeit, dass König Wladyslaw „im richtigen Gefühle seiner Ohnmacht gegenüber dem König Matthias“ in seinem Lehnbrief von 1478 nur von seinem Recht auf Pless, Sohrau und Rybnik spricht, es aber nicht wagt, „in der Urkunde von einer faktischen Besitzübertragung und einer wirklichen Eigenthumsverleitung der Objekte selbst zu reden.“

Demgegenüber ist zu bemerken: Die Ausdrucksweise „all unser auf uns als einen König von Böhmen und Herzog von Schlesien . . . gefallenes Recht auf das Herzogthum“ etc. besagt nicht, dass hier nur von einem imaginären Recht gesprochen wird und die Erwähnung des factischen Besitzes vermieden wird, sondern ist eine bei Belehnungen sehr beliebte Form. Genau so drückt sich König Wladyslaw in einer Urkunde vom 3. October 1493 (siehe Lehnurkunden II 526) also zu einer Zeit, wo er nach dem Tode Matthias auch factischer Inhaber von Schlesien war, über die Belehnung des Johann von Schellenberg mit dem Fürstenthum Jägerndorf aus: „so haben wir dem genannten Jhan v. Schellenberg . . . alle unser gerechtigkeit, womit uns die als Könige zu Behaim und herzoge in Schlesien an Uzwilin, Jagersdorf . . . angefallen ist.“ Die Urkunde von 1478 über Pless etc. vermeidet aber ausserdem auch gar nicht über Pless-Sohrau-Rybnik als wirklichem Eigenthumsobjekt zu sprechen, denn es heisst in derselben weiter: „Auch soll selbiger Heinrich, seine Erben und Nachkommen das Recht haben, obgenanntes Herzogthum (sing. und nicht plur., wie die Uebersetzung der „Beiträge“) ganz oder theilweise zu verkaufen, verpfänden“ etc. Das Herzogthum selbst also und nicht bloss ein imaginäres Recht auf dasselbe soll nach dem Wortlaut der Urkunde dem Herzog Heinrich von Münsterberg zustehen. Dem Aussteller der Urkunde und ihrem Empfänger ist es ganz Ernst mit derselben. Durch die Gültigkeit des einen Titels (des Verreichsbriefts König Matthias' von 1474) verliert der andere Titel — wie § 17 besonders hervorhebt — nicht an Bedeutung.

Der Stand der Dinge war folgender. Durch König Matthias sind die Münsterberger in den factischen Besitz von Pless gekommen. König Wladyslaw ertheilte ihnen die Sanktion, als Oberlehns herr von Schlesien. Die Agnaten Wenzels verzichteten zu ihren resp. ihres Nachfolgers Gunsten auf die Rechte auf Pless, die ihnen etwa noch zukamen. Auf Grund dieser drei Titel konnten sich die nachmaligen Besitzer von Pless als gegen jeden Einwand geschützt ansehen. Auf Grund eines jeden dieses Titels kam ihnen in Pless die Landeshoheit, alle fürstlichen Rechte im weiten Sinne des Wortes, zu.

§ 18

giebt den Inhalt des Urtheils des Fürstentages in der Streitsache zwischen Herzog Kasimir von Teschen und Herzogin Machna von Ratibor (der Schwester Wenzels) um den Besitz von Pless vom 6. Juni 1498 an. Aus dem Umstande, dass der Lehnbrief König Wladyslaws von 1478 hier nicht erwähnt wird, schliessen „Beiträge“ wiederum, derselbe hätte keine Gültigkeit gehabt. Bei diesem Urtheil kommt es aber nur auf die eventuellen Rechte der Herzogin Machna an. Dieser gegenüber genügt aber der im betreffenden Urtheil einzig und allein hervorgehobene Umstand, Herzogin Machna habe ihre Rechte auf Hanus von Ratibor, dieser dieselben auf den Inhaber von Pless übertragen. Wozu hier noch die Lehnsurkunde König Wladyslaws heranziehen, umsomehr, da Herzogin Machna von der Behauptung ausging, Pless sei überhaupt nicht an die Krone gefallen, weder Matthias, noch Wladyslaw habe das Recht gehabt über dasselbe zu verfügen.

B.

Das zweite Heft der „Beiträge“ wiederholt in den §§ 1—4 die in Heft I gemachten Ausführungen, welche darauf hinauslaufen, dass Pless unter König Matthias als Dominialherrschaft anno 1474 begründet worden war. Durch Verkauf ist, wie dort berichtet wird, Pless von Kasimir von Teschen auf die Turzos, von diesen auf den Bischof von Breslau gekommen. Wie „Beiträge“ hervorheben, spielt bei allen diesen Abmachungen „das Privatrecht“ allein eine Rolle. Verfasser der „Beiträge“ scheint nicht zu wissen, wie sehr noch am Anfang des 16. Jahrhunderts öffentliches und Privatrecht allgemein mit einander verbunden waren. Man bedenke nur, dass noch im 17. Jahrhundert die Scheidung von privatem und öffentlichem Recht so wenig durchgedrungen war, dass z. B. Staatsschulden, welche zu Kriegszwecken eingezogen worden waren, durch persönliche Schuldscheine seitens des Landesherrn sichergestellt zu werden pflegten. Wer wird sich darüber wundern, dass zu einer Zeit, wo Gerichtsbarkeit, polizeiliche Gewalt und ähnliche Befugnisse integrales und veräusserliches Zubehör eines Gutes war, die Abmachungen, durch welche Pless von einer Hand in die andere geht, privatrechtlichen Charakter tragen. Die schlesischen Fürsten pflegten ja seit jeher mit ihren Herzogthümern einen Handel zu treiben, dieselben mit allen Hoheitsrechten zu verpfänden etc., beinahe als wenn es Mobilien wären. Die „Beiträge“ heben durchweg bei den weiter angeführten auf Pless bezüglichen Kauf- und Lehnurkunden mit besonderer Genugthuung die Stellen hervor, wo Pless als „Herrschaft“ oder einfach „Gut“ bezeichnet wird. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass diese Bezeichnung auch bei anderen Herzogthümern oder Standesherrschaften vorkommt. Unberücksichtigt lassen aber die „Beiträge“ die Stellen, wo in den qu. Urkunden Pless als Herzogthum oder Fürstenthum bezeichnet wird.

Ohne dass auf die minderwichtigen Ungenauigkeiten, die bezüglich Pless und mancher in Betracht kommenden Personen in den „Beiträgen“ auf Schritt und Tritt sich vorfinden, Gewicht gelegt wird, sollen hier nur zwei wichtigere Thatsachen bezüglich Pless richtiggestellt werden. Laut den Ausführungen des II. Heftes § 13—15 ist Pless erst 1549 Standesherrschaft, und zwar nachdem es bis dahin nur einfache Herrschaft gewesen war, geworden. Verfasser der „Beiträge“ verkennt das Wesen einer schlesischen Standesherrschaft überhaupt und missdeutet auch den sogenannten Gnadenbrief des Kaisers Ferdinand vom 5. Februar 1549. „Das Herzogthum und Herrschaft Pless“ — wie es in der Verkaufsurkunde von 1517 heisst -- ist durch den im Jahre 1517 stattgehabten Verkauf an eine Person nichtfürstlichen Standes zur Standesherrschaft geworden. Laut Zeugniß der Urkunde No. 51 im Fürstlichen Archive zu Pless sollte Severin Boner, der lange vor 1549 Pless käuflich erwerben sollte, dasselbe als „Stand“ auf dem schlesischen Landtage vertreten, wie dies auch die Turzos gethan haben. (Vergl. Theil I § 6.) Als Pless im Jahre 1548 an den Bischof von Breslau kam, wurde es auf dem Landtage durch diesen vertreten. Da der Bischof Balthasar von Breslau die Absicht hatte, Pless einem seiner Vettern zu vermachen, dieser aber nur ein gewöhnlicher Adliger und kein Freiherr war, erhob Kaiser Ferdinand diesen und seine Nachkommen in den Freiherrnstand, damit sie als Standesherren von Pless bei der Vertretung ihres Besitzes auf den Landtagen keine Zurücksetzung erfahren. Der sogenannte Gnadenbrief von 1549 enthält demnach keine Erhebung der Herrschaft Pless zur Standesherrschaft, sondern eine persönliche Standeserhöhung derer von Promnitz.

Einer Richtigstellung bedarf auch die Mittheilung der „Beiträge“, dass Pless unter Preussischer Herrschaft wieder ein Allodium geworden ist. Pless war ein Allod seit 1500. Als solches überging es auch nach dem Aussterben einer Promnitz'schen Linie, ohne an die Krone zu fallen, auf

die andere. Es ist wahr, dass bei der Bestätigung der durch den Bischof Balthasar von Promnitz aufgestellten Successionsordnung Kaiser Ferdinand die Klausel angebracht hat, dass jeder neue Besitzer von Pless sich vom jeweiligen König einen Lehnbrief einhole, und dass der Bischof sich diese Klausel gefallen liess. Pless hörte aber darum nicht auf Allod zu sein, wiewohl es sich manchen bei Lehnsgütern üblichen Formalitäten zu fügen hatte. König Friedrich II. von Preussen bringt auch in seinem Allodialbrief vom 18. Juli 1748 zum Ausdruck, dass er nur die alte Allodialeigenschaft von Pless erneuert, und nur für den Fall, dass diese Eigenschaft als unbegründet sich erwiese, macht er es neu zum Allod.

Zusammenfassend lässt sich über die Ausführungen der Beiträge zu Schlesiens Rechtsgeschichte Heft I und Heft II bemerken:

Von einer falschen Interpretation der Verschreibung von Pless durch König Matthias dem Herzog Hynek von Münsterberg (aus dem Jahre 1474) ausgehend, durch eine unrichtige Würdigung der staatsrechtlichen Bedeutung und gleichfalls falsche Auslegung des Lehnbriefes König Wladyslaws (aus dem Jahre 1478), durch eine Nichtberücksichtigung der Uebertragung der Rechte der Wenzelschen Erben auf die neuen Inhaber von Pless, kommen die „Beiträge“ zu dem unhistorischen Resultate: Pless sei seit 1474 eine einfache Dominialherrschaft gewesen. Durch eine verkehrte Auslegung des Allodificationsbriefes von 1500 bestätigen die „Beiträge“ ihre der Geschichte zuwiderlaufende Ansicht. Endlich dienen die im zweiten Heft angeführten Belege aus der Habsburgischen und Preussischen Zeit Schlesiens, in denen Pless — der allgemeinen staatlichen Entwicklung Schlesiens entsprechend — bereits nicht mehr in der Fülle der alten politischen Hoheitsrechte erscheint, dazu, um durch eine katachronistische Uebetrugung auf die älteren Zeiten die verkehrte Annahme einer seit 1474 der Krone

direkt unterworfenen gewöhnlichen Dominialherrschaft Pless wiederum zu bestätigen.

Was das durch die „Beiträge“ gebrachte Urkundenmaterial anbelangt, so kann die Edition desselben leider nicht als zuverlässig bezeichnet werden; in noch höherem Maasse gilt dies von den den Urkunden beigefügten Uebersetzungen.
